Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1923

7.3.1923 (No. 65)

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unseren Ausgabestellen abgeholt monatlich M 3800.—, frei Haus geliefert monatlich M 4000.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen M 4000.—; durch die Post ausschl. Zustellungsgebühr M 4000.— monatlich.

Einzelverkaufspreis: 150 M

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1. Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum M 350.—; auswärts M 420.—; Familienanzeigen und Stellengesuche M 200.—; Reklamezeile M 1100.—; an erster Stelle M 1200.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 208. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ebrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. — **Mittwoch, den 7. März 1923** — Nr. 65.

Der Reichskanzler über den französischen Einbruch.

Verhandlungen?

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die gestrige Rede Dr. Cunos im Reichstag ist die stärkste, die man bisher aus dem Munde des jetzigen Reichskanzlers vernahm. Sie bedeutet eine politische Tat, sie zieht das Fazit aus den ungeheuerlichen Ereignissen der vergangenen sieben Wochen, sie stellt neben den französischen Ruhreinbruch das leuchtende Denkmal des deutschen Heroismus, mit dem die Bevölkerung der besetzten Gebiete den Kampf um den Bestand des Vaterlandes führt. Die Rede war notwendig geworden, denn schon drohen wieder Wahrheiten und Tatsachen in der Flut französischer Entstellungen zu ertrinken, aber es erwies sich auch als ein politisch günstiger Augenblick, vor den Augen der Welt einmal die gesamte Lage zu schildern, wie sie sich jetzt darbietet und ein aufklärendes Licht auf die Ergebnisse der französischen Ruhraktion zu werfen.

In den bis auf den letzten Platz gefüllten Logen der ausländischen Diplomatie verfolgte man die Ausführungen des Kanzlers mit wachsender Spannung, und es besteht Grund zu der Annahme, daß das Echo der Rede in der Oeffentlichkeit der Welt stark und lange nachhalten wird. Es war ein Ton in der Rede Cunos, wie ihn die Welt seit langer, langer Zeit nicht von dieser Stelle vernommen hat. Der bewaffnete Ueberfall auf ein waffenloses Volk hat klarer als je das Recht auf unsere Seite gestellt und zu unserem mächtigen Alliierten gemacht. Das Bewußtsein unserer moralisch uneinnehmbaren Stellung gab der Kanzlerrede einen Ton siegbafter Ueberlegenheit, die von dem gewaltigen Material der Tatsachen getragen war. Man vernahm im Reichstag den Führer eines Volkes, das nach langer Knechtschaft und Niederlage zum ersten Male wieder die Fahne des Erfolges über seinen Häuptern rauschen hört.

Ausgehend von dem letzten Einbruch der Franzosen in badisches und rheinisches Land, gab der Kanzler ein umfassendes Bild der Ruhraktion, wie sie das Ausland noch nicht kennt, und an das Ausland, das mit einem Achselzucken zusieht, wie ehrbare Männer, schwache Frauen und unschuldige Kinder mißhandelt werden, richtet sich die Rede in erster Linie. Die Rede des Kanzlers stellt die französischen Handlungen nebeneinander, die begangen wurden, und hält neben dieses grauenerregende Bild die Versicherung vom 11. Januar, der Einmarsch ins Ruhrgebiet sei von friedlichen Absichten getragen. Dr. Cuno hob dann in geschickter Weise hervor, wie ungeheuer wenig die französische Aktion für Frankreich eingebracht hat, und wieviel mehr auch Frankreich von Deutschland bekommen könne, wenn es den Lieferungsprozeß nicht gestört hätte. Der Hinweis auf die Entwertung der französischen Währung, die seit dem 11. Januar eingetreten ist, wird in Paris peinlich empfunden und deshalb totgeschwiegen werden.

Aus dieser Sachlage entwickelt der Kanzler den Standpunkt Deutschlands und seiner Regierung, für die Cuno das klare Bekenntnis zur Fortführung der passiven Resistenz wählte. Fort mit dem Gerede von Verhandlungen, was die deutsche Initiative anbetrifft, rief der Kanzler. Frankreich soll mit der Bitte um Verhandlungen zu uns kommen, wenn der letzte französische Hochofen erloschen sein wird. Dr. Cuno nahm damit nur den — äußerlich und schärfer geprägten — Ausdruck des preußischen Innenministers Severing auf, und der Beifall, den er gerade an dieser Stelle auch bei den Sozialdemokraten fand, bewies, daß auch dort die Gewalt der Tatsachen über kleine Schwächeanfälle gesiegt hat.

Für die Aufnahme der Reichskanzlerrede ist es bezeichnend, daß der Vorschlag des Präsidenten, die Aussprache auf morgen zu vertagen, um nicht den Eindruck nach außen hin zu schwächen, widerspruchslos vom Hause angenommen wurde.

Der Sitzungsbericht.

311. Sitzung.

t. **Berlin**, 6. März. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Cuno, Justizminister Dr. Heintze, v. Rosenberg, Dr. Becker, Dr. Hermes, Geßler, Oeser, Stingl und die führenden Mitglieder der einzelnen Länder. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Löbe

eröffnet die Sitzung um 5.20 Uhr und hebt hervor, daß der Reichstag früher zusammengekommen sei als beabsichtigt. Das wäre notwendig angesichts der ungeheuren Gewalttaten und Herausforderungen, denen unser Volk im Westen ausgesetzt sei. Dort löse eine Mißhandlung die andere ab, ein Mord folge dem anderen. Selbst Kinder, die vom Roten Kreuz zu einer Fahrt nach Dänemark ausgesucht worden waren, wurden wegen verbotener Ansammlung militärisch auseinandergesprengt. (Stürmische Pfuirufe im ganzen Hause.) Todesstrafe und lebenslängliches Zuchthaus werden denjenigen angedroht, die dem deutschen Vaterland die Treue bewahren wollen. (Anhaltende stürmische Entrüstung.) So sieht die Aktion aus, von der Poincaré sagt, daß Frankreich keinen Gedanken an eine militärische Operation habe. (Lachen.) Regierung und Reichstag müssen ihre Stimmen erheben und vor der ganzen Welt auf diese wachsende Brutalität hinweisen. (Stürmische Zustimmung.)

Der Präsident gedenkt dann des Ablebens des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Mayer-Kaufbeuren, der als Reichstagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei dem Reichstag angehörte. In kritischen Zeiten hat er ein Amt schwerster Art in der Hauptstadt desjenigen siegreichen Staates übernommen, bei dem leider der Gedanke des Hasses und der Vergeltung immer noch vorhanden sei. Der Präsident dankt dem Verstorbenen für sein Pflichtbewußtsein, das ihn dazu trieb, diese schwierige Aufgabe zu übernehmen, und für die Pflichttreue, mit der er sie ausgeführt hat.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein, auf der die Entgegennahme der Regierungserklärung steht.

Reichskanzler Dr. Cuno:

In den Morgenstunden des 3. März haben ohne jedwede Ankündigung französische Truppen den Rhein überschritten, das Hafengebiet, die Zoll- und Werftanlagen von Mannheim besetzt, die Herrschaft über den Hafen von Karlsruhe ergriffen, die Eisenbahnwerkstätte und das Elektrizitätswerk der hessischen Landeshauptstadt besetzt. Würde das irgendwo sonst geschehen, so würde die Welt voller Entrüstung über eine solche Tat sein. (Sehr wahr!) Da es in Deutschland geschieht, so heißt man es eine kleine Erweiterung der Ruhraktion, keines besonderen Aufhebens wert. Und Frankreich selbst bemüht sich, den Schein des Zusammenhangs des Unrechts mit dem Unrecht an der Ruhr herzustellen. Nach Vollziehung der Gewalt hat es eine Note gesandt, in der behauptet wird, der Rhein-Herne-Kanal sei durch die absichtliche Versenkung von Kähnen gesperrt worden. Die französische Regierung habe beschlossen, als Vergeltungsmaßnahmen (Gelächter) die Häfen von Mannheim und Karlsruhe und die Eisenbahnwerkstätte von Darmstadt zu besetzen. Also weil im Rhein-Herne-Kanal, mitten im deutschen Binnenland, Kähne versenkt worden sind, eine Behauptung zunächst, der keine Feststellung irgend eines Zusammenhangs mit den Maßnahmen der deutschen Regierung vorausging, wird neues Gebiet besetzt. Dieser Rechtsbruch reiht sich an den Einbruch, den Frankreich mit der Besetzung der Städte Offenburg und Appenweier mit leerer Begründung bewirkte, daß das die Strafe für den Ausfall einiger Schnellzüge und allgemeine Verfehlungen sei. Er reiht sich an den am Niederrhein begangenen Rechtsbruch durch die Besetzung der Städte Emmerich und Wesel und an die Einbrüche am Mittelrhein, wo Frankreich Königswinter, Caub und Lorch ohne Rechtsgrund, ja sogar ohne irgend einen Vorwand (Sehr richtig!) besetzt wurden; aus keiner anderen Ursache, als weil dem Franzosen die im Friedensvertrage vorgesehene Begrenzung der Brückenköpfe nicht mehr gefiel, ein Vorgehen, das gestern im englischen Unterhaus der Regierungsvertreter als der vertragsmäßigen Grundlage entbehrend, erklärte. (Hört, hört!)

Wenige Tage vor dem Einbruch hat Frankreich die berüchtigte Verordnung Nr. 147 erlassen. Jeder, der durch freiwillige Handlung oder Enthaltung einen Eisenbahntransport gefährdet, wird, wenn ein tödlicher Unfall verursacht worden ist oder hätte verursacht werden können,

mit dem Tode bedroht.

Jede Gefährdung eines Eisenbahntransportes, die eine Unterbrechung des Verkehrs zur Folge hat oder hätte haben können, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter 10 Jahren bestraft. Dieser Strafbedrohung ist außer dem Täter in gleicher Weise der Leiter des Dienstzweiges unterworfen, innerhalb dessen Transportgefährdungen vorgekommen sind. (Hört, hört!) Würde es den französischen Gewalthabern nur darauf angekommen sein, den Eisenbahnverkehr im besetzten Gebiete gegen Gefährdungen in gleicher Weise zu schützen wie in anderen Ländern, so würde es dazu dieser Verordnung nicht bedürft haben. Was diese Verordnung bezweckt, ist Terror gegen die Eisenbahner. Durch die Strafbestimmungen von so unerhörter Grausamkeit sollen die Eisenbahner gezwungen werden, sich in Widerspruch mit dem Diensteid, ihren vaterländischen Pflichtgefühlen und Gewissen stetig an den rechtswidrigen Aktionen Frankreichs und Belgiens gegen Deutschland zu beteiligen. Diese

Blutverordnung

in Verbindung mit den neuesten Einbrüchen zeigt, daß Frankreich nun jede Form des Rechts ohne Scham preisgibt. Die französische Regierung hat in allen ihren wirtschaftlichen Berechnungen Enttäuschungen erfahren, in allen politischen Kombinationen Fehlschläge erlitten. Der Haß, der dadurch zwischen den beiden Nachbarvölkern entstanden ist, wird schwer abzutragen sein. Ein unter den furchtbarsten Opfern aufgezwungener Friede, in dessen Erfüllung unser Volk bis zur buchstäblichen Verarmung gearbeitet hat, wird durch das Vorgehen Frankreichs mit Füßen getreten,

ohne daß irgend jemand einen Finger rührt,

um das gemeinsame Wohl zu schützen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Spannung nicht zur Gefahr anwachsen soll, haben wir heute die Pflicht, erneut das Unrecht festzustellen und unser eigenes Recht entgegenzustellen und

die Welt zu warnen.

Unrecht auf Unrecht bis zur Unerträglichkeit zu häufen, das ist nicht mit der Ueberreichung einer diplomatischen Note abgetan und duldet keinen Aufschub, auch nicht um einen Tag.

Der Reichskanzler erinnert daran, daß er die erfolgversprechende Reise nach Süddeutschland aufgeschoben habe, um offen und wahr, wie stets, zum deutschen Volk zu sprechen. Unser Schild ist blank. (Widerspruch bei den Kommunisten. Pfuirufe und große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Wir haben nichts zu verheimlichen.

Vor 7½ Wochen war es, als wegen der Unvollständigkeit der deutschen Holz- und Kohlenlieferungen die Ingenieurkommission ins Ruhrgebiet entsandt wurde. Frankreich betonte damals, daß es sich um keine militärische Besetzung handele. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Mit der Passivseite begonnen, umfaßt schon das militärische Schutzkommando 5 Divisionen mit 2 Generalkommandos, etwa 75 Tanks und Hunderte von Flugzeugen. Es umfaßt weiße und farbige Truppen. Das normale Leben der Bevölkerung, das Frankreich durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wahren wollte, wurde gleich dadurch gestört, daß es verlangte, daß seine Befehle von den Beamten und Nichtbeamten vollzogen würden. Anfangs wurden Rechtsvorwände vorgeschützt. Später wurde auch die Suche danach den geübten Advokaten zu mühevoll und schwierig. Man kümmerte sich nicht mehr um Rechtsgründe. Man rechnete aber nicht mit der alten Beamtentreue. Zwang und Druck sollten helfen, als Warnung und Mahnung vergeblich blieben. Ausweisungen und Verhaftungen haben einen großen Umfang angenommen. Der Reichskanzler weist das an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials nach.

Das Verfahren ist auch für Massenausweisungen einfach genug: Die Türe geht auf, Offiziere und Gendarmen treten ein, packen den Beamten und fort geht es ins Gefängnis. Es folgt eine rasche Anklageerhebung vor dem Kriegsgericht mitten im Frieden und im Dienst friedlicher Ingenieurkommissionen. Lange Gefängnis- und hohe Geldstrafen sind das Schicksal der Männer, die dem Vaterland die Treue halten. Die Unterkunftsräume der Verhafteten sind derart, daß selbst der geringste Grad der französischen Reinlichkeitsbedürfnisse sich der Bloßstellung schämen müßten. (Bewegung und Pfuirufe.) Die Ehre der deutschen Männer wird durch eine solche Gefangenschaft nicht verringert, sondern vermehrt.

Der Reichskanzler weist darauf hin, daß große deutsche Behörden ihrer Häupter und Mitglieder beraubt sind, daß große Städte ohne Bürgermeister sind. Die Ausweisungen seien mit

überlegter Grausamkeit

vollzogn worden, denn der Eindringling weiß genau, wie groß die Wohnungsnot im unbesetzten Gebiet ist. Die Abbeförderung der Ausgewiesenen ins unbesetzte Gebiet wird unglaublich rücksichtslos vollzogen. Der Reichskanzler nennt ausführlich der Fülle der Rechtsbrüche einige besonders kritische Beispiele. Der 60jährige Oberbürgermeister von Oberhausen wurde festgenommen, weil er es ablehnte, den Betriebsleiter der Elektrizitätswerke zu verhaften. Er wurde verhaftet und acht Tage lang in einem halbdunklen Kellerraum festgehalten. Abgesandte des deutschen Roten Kreuzes und selbst die Gattin des Bürgermeisters wurden nicht zugelassen. Jetzt sietzt er mit zwei andern Bürgermeistern im Düsseldorfer Gefängnis in Einzelhaft

Besonders roh wird gegen die braven Schutzpolizeibeamten vorgegangen. Sie werden mit der Reitpeitsche geschlagen und aufs schwerste mißhandelt, weil sie den Eindringlingen pflichtgemäß den Gruß verweigern. Der Strafzug nach Gelsenkirchen wurde unternommen, weil Schutzpolizeibeamte das Feuer erwiderten, als sie aus einem Auto beschossen wurden, das ohne Licht fuhr und dabei von den Beamten angehalten wurde, wobei ein französischer Offizier tödlich verletzt wurde. Da die Stadt die Bezahlung der Buße von 100 Millionen Mark verweigerte, versuchte man die zwangsweise Eintreibung und forderte selbst Bürgern auf der Straße das Geld ab. Der französische General Langelos äußerte, daß ihm an dem Wohle der Bevölkerung nichts gelegen sei. (Stürmische Pfuirufe.)

Der Reichskanzler erinnert an die Plünderungen in Bochum, an die Vorgänge in Gelsenkirchen und an die Willkür und Unmenschlichkeit, die sich die Franzosen dort leisteten. Der Kanzler stellt noch einmal fest, daß diese wenigen Beispiele nur einen geringen Bruchteil des Unrechts darstellen, das tatsächlich verübt wurde.

Der Reichstagspräsident sagte vorgestern bei einem feierlichen Anlaß, daß die Welt entscheiden werde, wo in diesem Kampfe die Ehre liege. So sieht die Passivseite der französisch-belgischen Siebenwochenbilanz mit dem ersten und am meisten belastenden Posten aus. Rechtsbruch und Unrecht sollen durch eine lügnerische Propaganda verdeckt werden. Deshalb heraus mit den Tatsachen des Rechtsbruchs und der Greuel, damit die Welt unparteiisch das Urteil fällen kann, wo Recht und wo Unrecht liegt. Die Verbrechen am Rhein und an der Ruhr im Jahr 1923 erinnern an die

Zeiten des Dreißigjährigen Krieges.

Die Ingenieurkommission hat Frankreich auch nicht zu den fehlenden Kohlenmengen verholfen. Es ist vielmehr das Gegenteil der Fall und ich komme damit zum zweiten Posten der Passivseite der französischen Bilanz. Rund 14¾ Millionen Tonnen Kohlen sollte Deutschland im Jahre 1922 liefern. Unter Anspannung aller Kräfte, unter schwerster Belastung der Wirtschaft und großer Ankäufe englischer Kohlen war es gelungen, die Leistungsziffer im wesentlichen zu erreichen. Fortlaufend sollte Frankreich 46 500 Tonnen täglich bekommen, ohne daß es dabei eine Hand zu rühren brauchte. Jetzt hat Frankreich in der Zeit vom 11. Januar bis 5. März im ganzen 74 000 Tonnen Kohlen erhalten, etwas mehr also wie die vorgesehene Tagesmenge. Von den 1922 zu liefernden 166 000 Festmeter Holz erhielt Frankreich 92 000, während ihm die Lieferung des Restes bis zum 31. März 1923 zugesagt wurde. Jetzt hat Frankreich nichts erhalten. Zu den verloren gegangenen Werten kommen die

Einbußen sämtlicher Reparationsleistungen

wie Maschinen, Wiederaufbaustoffe und Chemikalien. Als dritter Posten auf der Passivseite erscheinen die ungeheuren Aufwendungen für die Truppen, die nur zu einem unwesentlichen Teil aus dem Raub und den Diebstählen von Papiergeld gedeckt sein können, sowie die Werte, die die Truppen zur Unterstützung der Ingenieurkommission Tag für Tag in steigendem Maße vernichten und die Ausgaben, die dem Reich zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens und der Fürsorgetätigkeit erwachsen.

So sieht die Seite der französisch-belgischen Rhein- und Ruhrbilanz aus, und damit ist die Bilanz zu Ende, denn eine Aktivseite hat sie nicht. (Sehr wahr!)

Poincaré wird nichts erreichen.

Er hat es wohl dahin gebracht, daß der deutsche Widerstand stärker ist als je zuvor. Wir werden im passiven Widerstand verharren, bis wir eine vernünftige und einen wahrhaften Frieden sichernde Verständigung erzielt haben. Dieser Widerstand mußte nicht erst geboren werden, er war da, er ist da und wird da sein bis zum Tage der Befreiung vom Zwange des Gegners. (Stürmischer Beifall.)

Der Widerstand ist nicht auf das Gebiet an der Ruhr beschränkt geblieben, sondern er ist überall da, wo Frankreich das Recht bricht. Die Verordnungen der Rheinlandskommission haben den Boden des Versailler Vertrages verletzt. Ruhr und Rheinland sind nun eins im Kampfe. Auch dieser Kampf hat seine Opfer an Leiden und Lasten. Die ganze Kraft des Staates ist der Selbsterhaltung zuzuwenden, der Verteidigung seines Bestandes. An Kohlen, Rohstoffen und Aufträgen fehlt es vorerst im unbesetzten Gebiete nicht. Wir sind dem

Verfall der Mark

mit Erfolg entgegengetreten. Wir werden die Stützungsaktion durchführen, um endlich wieder einen festen Punkt unserer Wirtschaft zu finden. Möge sich kein Besitzer der Zeichnung der Goldanleihe entziehen.

Helfen wir, daß der Geist von der Grenzmark her auch im Binnenland stark und stärker wird. Alle sind wir treu der Heimat. Verteidigen wir das Reich nichtmit der Kraft unserer Hände allein, sondern auch mit der ganzen Wärme unseres Herzens, also als den Staat, der Ihr Staat ist im Aufstieg wie im Niedergang. (Lebhafter Beifall.) Um diesen Staat geht es jetzt, um nichts anderes. Kohlen und Holz, Geld und Gut konnte Frankreich von uns im Frieden haben bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit, kann es heute haben nach erlangter, freier Verständigung.

Darum geht der Kampf nicht. Seelisch erschöpft und zerrissen hat Deutschland vom Waf-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

fenstillstande ab ungeheure Werte seiner Wirtschaft an die Gläubiger des Vertrages gegeben. Insgesamt hat es eine

Gesamtleistung von 46,6 Milliarden

Goldmark erreicht. (Allgemeine Bewegung.) Gleich wurde die Abrüstung durchgeführt, die Kriegsindustrien ihrer Ausrüstung entblößt. Die deutschen Leistungen und die staatlichen Verluste vom 30. September 1922 machen einen Betrag von

56½ Milliarden Goldmark

aus, der bei dem heutigen Dollarstande die undenkbare Zahl von 285 Billionen darstellen würde. Das deutsche Volksvermögen ist durch den Krieg und seine bisherigen Folgen auf ungefähr die Hälfte zurückgegangen. Die Welt soll das hören. Die deutschen Opfer gehen unserer Wirtschaft endgültig verloren und kommen der Wirtschaft unserer früheren Kriegsgegner zugute. Die Opfer, die Frankreich bringt, bleiben im Lande.

Unter Betonung der Einheit des deutschen Volks, wie sie der Kampf an der Ruhr gezeigt hat, mahnte der Redner eindringlich zur Verteidigung des schwer gefährdeten Staats. Er erinnerte daran, daß keine deutsche Regierung sich geweigert habe, die aus dem Versailler Diktat folgenden Reparationsleistungen im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Er schilderte die Erfüllungsbemühungen Deutschlands und seine Bemühungen, auch jetzt eine Verständigung herbeizuführen. Aber diese Verständigung kann nicht durch Festsetzungen nach den Wünschen der Gläubiger zustande kommen, sondern durch Verhandlungen, Feststellungen von Mann zu Mann. Staat und Wirtschaft hatten stets Sicherheiten geboten und ihnen auch feste Formen gegeben. Sie hatten auch ein der Weltwirtschaft dienendes Verhältnis der französischen und deutschen Industrie vorgeschlagen.

Aber der Ruhreinfall war von vornherein beschlossene Sache. Um aber die letzte Furcht lahmzulegen, hatte Deutschland einen

Sicherungsvertrag mit Frankreich

vorgeschlagen. Daß Frankreich diesen ablehnte, ändert nichts an der Ehrlichkeit der Erfüllungspolitik. Aber Frankreich will auf dem Wege der Diktate und der Gewalt Deutschland versklaven, wie es dies seit vierhundert Jahren immer versucht hat.

Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen!

rief der Kanzler unter dem lebhaften Beifall des Hauses aus. Die Regierung werde keine Unterschrift leisten, deren Erfüllung unmöglich ist und keiner Regelung zustimmen, die die besetzten Gebiete im Stiche läßt. Der Kanzler mußte feststellen, daß trotz der offenkundigen Gewalttaten das deutsche Volk in seinem Kampf um das Recht noch heute allein steht. Um so stärker apellierte er an das eigene Volk, nicht zu optimistisch zu sein, sondern den Kampf so ernst und schwer zu nehmen, wie er es ist, zusammenzustehen in Tapferkeit und Disziplin.

Der aufgezwungene Wege muß nun weiter gegangen werden bis die andere Seite einsieht, daß das waffenlose Deutschland nicht mit der Waffe zu beseitigen ist und bis die ehrliche Vereinbarung an die Stelle des mitilärischen Diktats tritt. „Dafür kämpfen und leben wir", so schloß der Kanzler, „im Kampf um die eigene Sache, um das Recht der Menschheit!"

Die Aussprache der Kanzlerrede wird Mittwoch Nachmittag beginnen.

Wahrheiten.

Dasselbe Kriterium, das dazu geführt hat, die elenden Neger der Elfenbeinküste an den Rhein zu verpflanzen, um das deutsche Volk zu demütigen und deutsche Frauen zu vergewaltigen, hat auch alle Aasgeier des internationalen Kapitalismus nach Deutschland gezogen, um das unterlegene Volk auszuplündern. Nitti.

Frankreichs Endziel.

Am Sonntag, den 25. Februar, haben wir bereits im „Karlsruher Tagblatt" in Auslegung englischer Berichte auf das Endziel der jetzigen französischen Politik hingewiesen. Das Endziel ist: Verwirklichung der Machtträume, deren Erfüllung im Jahr 1919 am Widerstand Englands und Amerikas gescheitert ist. Dieses Endziel soll erreicht werden, indem Deutschland ein neuer Vertrag an Stelle des Versailler Vertrags aufgezwungen wird. Wenn man schon den Versailler Vertrag das Todesurteil für Deutschland nennt, wie soll dann der von Frankreich geplante neue Vertrag genannt werden?

Es liegt nun eine neue Bestätigung der französischen Absichten vor, in Form einer englischen Meldung. Sie lautet:

London, 6. März. (Drahtber.) Der Pariser Berichterstatter der „Times" meldet, er erfahre von amtlicher französischer Seite, daß die Artikel über die französische Außenpolitik, die in verschiedenen Blättern erschienen sind, nicht notwendigerweise die Gedanken der französischen Regierung darstellen daß aber die Ereignisse zu einer Aenderung der ursprünglichen Ziele Poincarés führen könnten. Es sehe jedoch wenigstens für den Augenblick nicht so aus, als ob die Regierung die von einflußreichen Kreisen vertretenen Forderungen unterstützt, die wie folgt zusammengefaßt werden könnten:

1. Durch die Besetzung des Ruhrgebietes muß der Versailler Vertrag, der stets als unzulänglich angesehen wurde, ergänzt, wenn nicht ersetzt werden durch ein neues diplomatisches Instrument.

2. In diesem Abkommen muß nicht nur das Problem der Reparationen, sondern auch das Problem der Sicherheit geregelt werden. Und es muß in dieser Hinsicht zu Maßnahmen ermächtigen, zu denen der augenblickliche Vertrag keine Befugnisse erteilt.

3. Außer Schritten zur Sicherung der französischen Grenze müssen Fragen wie das künftige Regime des Saargebietes bereits jetzt geregelt werden und nicht erst nach der Volksabstimmung.

4. Dieses Abkommen soll zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen werden. Italien und Belgien sollen ihm zustimmen.

5. Großbritannien wird nicht zu den Verhandlungen zugezogen, aber es wird ihm gestattet, sofern es dies wünscht, zu einem späteren Zeitpunkt zu unterzeichnen.

Dem Berichterstatter der „Times" zufolge kann wenig Zweifel herrschen, daß, wenn es tatsächlich zu Verhandlungen kommt, sie die französisch-deutschen Probleme allseitig behandeln werden, daß der Versailler Vertrag neu geformt und daß Frankreich von neuem Forderungen unterbreiten wird, die 1919 nicht gewährt worden sind.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird eine neue Konferenz in Paris stattfinden. Sie wird höchst wahrscheinlich mehrere Monate dauern. Nach Ansicht des Berichterstatters wird es notwendig sein, sorgfältig zu erwägen, welches die Haltung Großbritanniens sein soll, wenn eine gewisse Lage, die unvermeidlich erscheint, entstehen sollte, denn bei dieser Friedenskonferenz hängt von Großbritanniens Anwesenheit oder Abwesenheit nichts mehr und nichts weniger als die Gruppierung der europäischen Nationen und der Charakter des französisch-deutschen Friedens ab.

*

Die Meldung ist für die englische Oeffentlichkeit bestimmt. Paris möchte wissen, was man in England zu seinen Plänen sagt. Was verbirgt sich hinter den fünf Forderungen?

Die Absicht, das linke Rheinufer und das Saargebiet Frankreich mit Gewalt einzugliedern.

Die Absicht, einen breiten Streifen rechts des Rheins einschließlich Ruhrgebiet, vom Reich loszutrennen und unter französische oder eine internationale Kontrolle zu stellen.

Paris, 6. März. (Drahtber.) Das Blatt „Echo de Paris" wirft die Frage auf, ob Frankreich, das in eine Sonderaktion verwickelt sei, seine Alliierten, die nicht damit in Verbindung stehen, an einer Besprechung teilnehmen lassen soll, die mit der deutschen Regierung eines Tages erfolgen müsse. Es handle sich in erster Linie um die englische Regierung. England habe wiederholt erklärt, wohlwollende Neutralität üben zu wollen. England würde also sich selbst widersprechen, wenn es, wenn die Stunde der Verhandlungen geschlagen habe, behaupten sollte, die volle Freiheit zu besitzen, um Frankreich zu den Ansichten zurückzuführen, die vor dem 11. Januar geherrscht haben. Wenn die englische Regierung aus der Konferenz Vorteile ziehen wolle, um gegen die französische Politik eine Politik geltend zu machen, die keine Ausführung der Garantien vorsehe, eine Politik, der sie noch anhänge, dann werde die Lage wohl schwierig sein. Entweder müsse dann ohne die Engländer zum Schaden der Entente cordiale verhandelt werden oder man müsse ein Schiedsgericht an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Wie könnte man aus diesem Dilemma herauskommen? Wohl dadurch, daß man der Reparationskommission die Aufgabe überträgt, das neue Abkommen mit Deutschland abzuschließen? Aber die Reparationskommission sei nicht kompetent genug, um ein solches Abkommen abzuschließen oder etwa die Besetzungsmethode oder Besetzungsart im Ruhrgebiet zu bestimmen.

*

Neue Eingriffe in den Verkehr im Industriegebiet.

Berlin, 6. März. (Drahtber.) Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Essen ist gestern die Fernsprechzentrale der Reichsbahndirektion von den Franzosen besetzt worden. Der gesamte Dienst an den Klappenschränken wurde von den Franzosen übernommen. Der Leiter des Fernsprechwesens der Reichsbahn, Regierungsrat Armer, wird in seinem Dienstzimmer festgehalten. Die Reichsbahndirektion ist ohne jede telephonische Verbindung mit den anderen Stationen des Bezirks. Die Oberzugsleitung hat infolgedessen ihre Tätigkeit vollständig einstellen müssen, was einen schweren Schlag für den Eisenbahnverkehr des ganzen Bezirkes bedeutet.

Rückgabe der Platten zum Notendruck.

Berlin, 6. März. (Drahtber.) Das Reichsbankdirektorium teilt uns mit: Die französische Militärbehörde hat der Reichsbankstelle in Düsseldorf am 5. März die am 24. Februar beschlagnahmten sechs Koffer mit Druckplatten, Klischees usw. unversehrt ausgeliefert und deren Beförderung nach Köln ermöglicht.

Neueinberufung statt Entlassung von Truppen.

Paris, 6. März. (Drahtber.) Im heutigen Ministerrat hat der Kriegsminister Maginot von seiner Absicht Kenntnis gegeben, die Jahresklasse 1921 bis zum 31. Mai unter Waffen zu halten. Er hat gleichzeitig einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den Einstellungen und Wiedereinstellungen von sechsmonatiger Dauer abgeschlossen werden können.

Operationen gegen Mülheim a. Rh.

b. **Essen**, 6. März. Heute vormittag haben französische Truppen Teiloperationen gegen Mülheim a. d. R. eingeleitet. Sie besetzten das Rathaus. Da der Eingang verschlossen war, schlugen sie die Türen ein. Die ganze Aktion scheint in erster Linie auf die Entwaffnung der Schutzpolizei gerichtet zu sein.

Die Zahl der Ausweisungen.

Paris, 6. März. Die Havasagentur teilt mit, daß seit dem 18. Januar von der Rheinlandkommission im ganzen 750 Beamte aus dem ihr unterstellten Gebiet ausgewiesen worden sind, davon 568 aus der französischen Zone.

Die tatsächliche Zahl der Ausweisungen ist weit höher, weil sehr viele Ausweisungen allein durch die Willkür der Militärbehörden vorgenommen wurden, besonders unter den deutschen Verkehrsbeamten. Bei allen Ausweisungen wurden auch die Familien betroffen. Wieviel Not und Elend, wieviel Kummer und Sorge und seelische und körperliche Qualen Tausende durch Ausweisung erduldet haben und noch erdulden müssen, ist nicht zu beschreiben. Vielen Familien wurde es unmöglich gemacht, ihren Hausrat mitzunehmen. Wenn auch das Reich Entschädigung in Form von Geld gibt, so bleibt doch noch unendlich viel, was als Opfer für das Vaterland still und mutig getragen werden muß. Das muß immer wieder ausgesprochen werden, und die Opferbereitschaft der Männer und Frauen, die den feindlichen Drangsalen ausgesetzt sind, muß uns allzeit ein Ansporn sein, auch unsern Teil still und ohne Gerede beizutragen. Aber mit Papiergeld allein ist die Opferpflicht nicht erfüllt, sie verlangt mehr: sie verlangt gegenseitige Gerechtigkeit und Hilfsbereitschaft.

Der Streit um die Besetzungskosten.

Paris, 6. März. Amerika hat an die Reparationskommission in Paris die Forderung gerichtet, daß ihm die Kosten für den Unterhalt seiner Truppen am Rhein vergütet werden, durch Ueberlassung eines Teiles der bisherigen deutschen Zahlungen. Zur Beratung der amerikanischen Forderung ist in Paris ein Ausschuß zusammengetreten. Ueber den Standpunkt Amerikas berichtet das Nachrichtenbüro Havas folgendes:

Da kein Widerspruch gegen die amerikanischen Forderungen erhoben worden ist, müßten sie auch bezahlt werden wie eine einfache Handelsschuld. Wenn nichts mehr in der Tasche der Reparationskommission sei, um die Forderungen der Amerikaner zu erfüllen, dann müßten von den Summen, die an verschiedene Alliierten gezahlt worden sind, Rückzahlungen erfolgen, so daß also Belgien bis zu einem gewissen Betrag Rückzahlungen zu machen hätte. Dieser Standpunkt wurde von sämtlichen vier vertretenen Mächten (Frankreich, England, Italien, Belgien) abgelehnt. Es wurde erklärt, Geldzahlungen kämen bei Deutschland nur im Verhältnis von einem Drittel in Frage, da zwei Drittel der Zahlungen in Waren geleistet werden. Deshalb müßten auch die Vereinigten Staaten einen größeren Teil ihrer Forderungen in deutschen Zahlungsmitteln nehmen. Es scheint, daß auch von französischer Seite der Vorschlag gemacht wurde, Amerika möchte sich durch die Versteigerung der beschlagnahmten deutschen Güter, deren Wert auf 300 Millionen Dollar geschätzt wird, bezahlt machen. Das sei eine Summe, die höher sei als die amerikanischen Besatzungskosten, die sich auf ungefähr eine Milliarde Goldmark belaufen. Der amerikanische Delegierte hat geantwortet, seine Regierung fühle sich nicht berechtigt, zu einer derartigen Maßnahme zu schreiten. Die Beratungen werden fortgesetzt. (Bekanntlich hat das amerikanische Parlament die deutschen Vermögen bis zur Höhe von 10 000 Dollars freigegeben. D. R.)

Deutsche Kunstschätze als Pfänder?

Dresden, 6. März. (Drahtber.) In der heutigen Sitzung des Landtages erwiderte der Ministerialrat Dr. Heyn auf eine kurze Anfrage u. a., der sächsischen Regierung seien keinerlei Mitteilungen zugegangen, wonach die französische Regierung als Pfänder wertvolle deutsche Kunstwerke, darunter die Sixtinische Madonna und andere Werke der Dresdener Galerie verlange. Die Regierung werde aber dieser Frage ihre dauernde Aufmerksamkeit zuwenden und falls solche oder ähnliche den sächsischen Kunstbesitz berührende Ansprüche gemacht würden, diesen entschieden entgegentreten. Die in der deutschen Presse geäußerten Befürchtungen seien vermutlich auf französische Zeitungsnotizen zurückzuführen. Die Stellung der französischen Regierung hierzu sei aber nicht bekannt geworden.

Die neuesten Telegramme

findet man frühmorgens schon im „Karlsruher Tagblatt", weil es nachts um 12 Uhr erst gedruckt wird.

Mein Haus.

Von **Artur Bransewetter**.

Mein Haus ist meine Burg — das ist ein starkes und ein stolzes Wort.

Mögen draußen Stürme brausen, Wetter toben — mein Haus ist meine Burg, in der ich sicher lebe.

Und geht es in der Welt gar zu arg und böse zu und drängen ihre feindlichen Wogen bis hart an seine Mauer und wollen seinen Frieden mir rauben — dann ziehe ich die Brücke hoch und sperre ihnen den Zugang und lebe drinnen geborgen und geruhig und lasse sie draußen machen, was sie wollen.

Darum ist von allem Elend, das uns getroffen, das größte das Wohnungselend.

Daß es Menschen gibt, die heute kein Heim, keine Wohnung haben, daß der Mann Jahre lang, von Frau und Kind getrennt, als Aftermieter in kleiner, kalter Stube ein unbehagliches Leben führen muß, daß große Familien mit Kind und Kindeskind in einen elenden Raum zusammengepfercht hausen müssen — das ist das Schwerste von allem. Das schafft die größte Unzufriedenheit, entfremdet am meisten von Vaterland und Vaterlandsliebe und ruft die bösen Geister.

Hast du dein Heim, hast du ein Zimmer nur, das du dir mit Wärme und Behaglichkeit füllen kannst, sage nicht: dies Leben habe keine Freuden mehr. Erkenne und genieße sie mit still gefalteten Händen.

Und hast du es schwer in deinem Berufe, kämpfst du Tag für Tag mit einem ganzen Heere von Widerwärtigkeiten und Plackereien, die die Menschen oder die Verhältnisse dir bereiten — du kommst in dein Heim. Du kannst dort rasten und ruhen, kannst dich aussprechen und innerlich befreien.

Und sind die Besorgungen auf dem Markte und in den Geschäften bei diesen täglich steigenden Preisen und knappen Mitteln oft eine Qual du kommst in dein Haus zu Mann und Kind. Und darfst deinen Aerger und deine Verstimmung dorthin nicht tragen. Sondern mußt sie von dir streifen in seiner Stille, seinem Frieden, dessen Trägerin die Frau als des Hauses Seele ist. Daheim wartet man deiner und deiner Liebe. Das gibt Trost und Kraft.

Man sage auch nicht, daß es langweilig und eintönig ist, so viel zu Hause zu sitzen. Es gibt Abwechselungen dort genug, und in unseren Händen liegt es, sie uns zu schaffen.

Man muß nur eins verstehen: Feste zu feiern. Es gibt nichts Schöneres als solche kleinen behaglichen Feste im Hause, ohne große Mittel, ohne viel Aufwand, ganz unter sich, im engsten Kreise der Seinen. Und Gelegenheit für sie findet sich stets. Man muß sie nur lieben und suchen. Nicht nur die Geburtstage, die schon unter die „großen" häuslichen Feste zu rechnen sind — jeder andere Gedenktag, jede Freude, die den Eltern oder einem der Kinder widerfährt, jede Rückkehr eines Familiengliedes, das für einige Zeit vom Hause fern war, jede Beförderung, ja, jede Zulage und Versetzung in der Schule — schließlich kann man jede Woche ein kleines häusliches Fest feiern, wenn man nur will.

„Der Mann," sagt Emerson, „dem der Ton seiner eigenen Küchenglocke und das Lied der Holzscheite auf seinem eigenen Herde lieber ist als alle Musik, dieser Mann besitzt Quellen des Trostes, von dem andere keine Ahnung haben."

Theater und Musik

Die Chorvereinigung Karlsruhe (Bachverein, mit Motettenchor und Lehrergesangverein) wird am Freitag, den 16. März d. Mts., abends 8 Uhr, in der St. Stephanskirche ihr erstes Konzert in diesem Winter geben, das als Hauptwerk Palestrinas berühmte Missa Papae Marcelli bringen wird, ein hochbedeutsames Denkmal kirchlicher Tonkunst, das hier noch nicht zu hören war. Um dem erhabenen Tonwerk einen seiner würdigen Rahmen zu geben, werden, da die sechsstimmige Marcellus-Messe nur das Ordinarium missae enthält, zur Ergänzung zu einem vollständigen musikalischen Hochamt vier weitere herrliche Sätze Palestrinas hinzugefügt, und zwar als Eingang eine Lectio (4—8stimmig), als Graduale die Motette „O admirabile commercium" (5stimmig), als Offertorium ein „Jesu, rex admirabilis" (3-stimmig) und als Ausgang die Motette „Surge, illuminare" (6-stimmig). Zur Ueberleitung und Verbindung der einzelnen Chorsätze hat Professor Heinr. Kasp. Schmid stilistisch angepaßte Orgelstücke geschrieben, welche die ganze musikalische Darbietung zu einem einheitlichen Kunstwerk zusammenschließen sollen. Eine wesentliche Bedeutung für die reine Wirkung der hehren Musik wird auch der schöne Innenraum der Stephanskirche gewinnen; bestimmt, in den weiten Hallen römischer Kirchen zu erklingen, werden die Tonwerke des Hauptes der römischen a capela-Schule des 16. Jahrhunderts ihre beste Wirkung in demjenigen Bauwerke Karlsruhes entfalten können, in dem sich sein Schöpfer, unser großer Weinbrenner, ganz besonders das römische Pantheon zum Vorbild genommen hat. Auf das Konzert, das ein außergewöhnliches Ereignis im Kunstleben unserer Stadt bedeuten dürfte, sei jetzt schon eindringlich hingewiesen.

K. Malsch.

Theater und Musik in Baden-Baden. Unser ständiger Mitarbeiter schreibt uns: Eine Verdi-Aufführung („Othello") von edelstem musikalischen Rhythmus und hoher darstellerischer Wirksamkeit versetzte eine zahlreiche, den künstlerischen Darbietungen innig verbundene Zuhörerschaft in starke, ehrliche Begeisterung. Das Orchester leistete unter der Leitung des Karlsruher Dirigenten Adolf Lorentz an Stil, dramatischem Schwung und Tongebung Hervorragendes. Willy Zilken spielte den Mohren mit der ganzen ungezügelten, aber auch ungekünstelten Leidenschaft eines naiven Individuums. Seinen reichen Stimmitteln gelang der dramatische Ausdruck der seelischen Erschütterungen, während die Farbigkeit seines Organs den Gefühlsschwankungen der Rolle als Sprache diente. Rudolf Weyrauchs Jago schöpfte mit seinem voluminösen, prachtvollen Bariton die üppigen Schönheiten seiner Partie in vollendetem Melos aus. Eine ergreifende Leistung bot Gussa Heiken (Mannheim) als Desdemona. Dieser Verdi-Erstaufführung folgte eine Carl-Hauptmann-Erstaufführung. Regie (Dr. Volrad Rube) und Darsteller mühten sich an dem tragischen Schauspiel „Die Austreibung" ab, in der der Weisteufel sein Unwesen treibt. Die Verschleppungen in Wort und Handlung, die zu Lasten des Dichters gehen, ließen ein wärmeres Interesse nicht aufkommen. Dagegen fesselte das Anstellungsgastspiel des Heidelbergers Eberhard Krumschmidt als Ferdinand in „Kabale und Liebe". Der hochbegabte Künstler wurde als jugendlicher Held und Liebhaber verpflichtet. Die besonderen Veranstaltungen des Februar schloß eine sehr gute Aufführung der „Walküre" ab, an der von Karlsruher Gästen Willy Zilken (Siegmund), Agnes Zilken-Poschner (Sieglinde), Paula Weber (Fricka) hervorragenden Anteil hatten. Im Konzertsaal fand Maria Philippi als Solistin des 3. Miete-Konzerts eine dankbare Zuhörerschaft. A. M.

Wedekind-Uraufführung in München. Das letzte größere Ereignis im Münchner Theaterleben war die Uraufführung von Frank Wedekinds Pantomime „Die Kaiserin von Neufundland", eines aus dem Jahre 1897 stammenden kleinen Werkes. Die „Kammerspiele" haben es mit großem Aufwand herausgebracht. Forster-Larrinaga inszenierte es und Lotte Pritzel entwarf die Kostüme. Die geschmackvolle und recht einfallsreiche Inszenierung folgte bis auf geringfügige Einzelheiten den Vorschriften des Dichters, der dieses Werk nur ein einziges Mal, und nur verstümmelt, auf der Bühne der Elf Scharfrichter gesehen hatte. Die Pantomime gibt allegorisch eine Darstellung der Sinnenmacht, die über alle Instinkte und Vorurteile triumphiert. Die Kaiserin von Neufundland, der ihr Leibarzt „Heiraten" als einziges Heilmittel gegen die Melancholie empfohlen hat, schlägt Dichter und Erfinder, ja sogar den großen Napoleon selber aus und sie wählt — den Athleten. Die Kunst, Gewichte zu stemmen, wird bei Wedekind zum Sinnbilde erotischer Kraft, und je weiter es der Geliebte in dieser Kunst bringt, um so

Zur Besetzung der Häfen von Karlsruhe und Mannheim.

Daß die Besetzung der Rheinhäfen von Mannheim und Karlsruhe nichts anderes ist als ein offensichtlicher Rechtsbruch, geht aus folgenden Ausführungen hervor, die uns von gut unterrichteter Seite zugehen:

Das Gebiet, zu dessen Besetzung die Entente auf Grund des Friedensvertrages berechtigt ist, ist in dem Artikel 428 des Versailler Vertrages und im Artikel 1 des dem Friedensvertrag angeschlossenen Rheinlandabkommens genau bestimmt, nämlich das linke Rheinufer und die Brückenköpfe von Köln, Koblenz und Mainz, die seit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 besetzt sind, sowie das Kehler Brückenkopfgebiet, dessen Ausdehnung durch den Art. 7 des Zusatzabkommens vom 16. Januar 1919 zum Waffenstillstand genau bestimmt ist. Zur Besetzung der obenbezeichneten Gebiete hat Deutschland, wenn auch erzwungen, seine Unterschrift gegeben. Die Häfen von Mannheim und Karlsruhe liegen auf dem rechten Rheinufer außerhalb der Brückenköpfe, gehören also nicht zum besetzten Gebiet im Sinne der Verträge.

Als nun bald nach dem Waffenstillstand kleine Truppenkommandos der Entente in die Häfen von Karlsruhe und Mannheim einrückten, hat die Reichsregierung sofort gegen diese Vertragsverletzung Einspruch erhoben. In seiner Erwiderung auf die wiederholten Noten der deutschen Regierung hat der Rat der Entente-Botschafter in Paris ausdrücklich bestritten, daß es sich um eine Besetzung handle und der Sache die Auslegung gegeben, daß die kleinen Kommandos lediglich Kontrollposten der Interalliierten Schiffahrtskommission, die in Köln ihren Sitz hat, seien und daß diese nur die Aufgabe hätten, die Uebermittlung und Ausführung der Befehle dieser Kommission zu überwachen. In Verfolg dieses Standpunktes wurde im weiteren Verlauf von der Entente seinerzeit verfügt, daß die Kommandos ohne Gewehr lediglich mit der Pistole bewaffnet und mit der rot-weißen Armbinde der Interalliierten Schiffahrtskommission ihre Dienste tun. Bei der Rechtfertigung dieser Kontrollposten berief sich die Entente auf die Klausel 1 der Zusatznote 2 zum Waffenstillstand, die durch Art. 212 des Friedensvertrags aufrecht erhalten ist. Diese Begründung ist jedoch rechtsirrtümlich, da durch die angezogene Bestimmung nur die linksrheinischen Verkehrswege, „den Rhein inbegriffen", sowie jene, welche auf dem rechten Rheinufer innerhalb der besetzten Brückenköpfe liegen, der Befehlsgewalt des Oberkommandierenden der Interalliierten Heere unterstellt sind. Die militärische Befehlsgewalt endet also am rechten Rheinufer und erstreckt sich nicht auf solche Hafenanlagen außerhalb der besetzten Brückenköpfe, die sich vom Rhein scharf getrennt östlich vom rechten Rheinufer befinden. Dies trifft aber für die Mannheimer Häfen und erst recht für den fast eine Wegestunde vom Rhein entfernten, mit ihm nur durch einen Stichkanal verbundenen Karlsruher Hafen zu.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich zweifelsfrei, daß die Franzosen auch nicht den Schein eines Rechtes für die Besetzung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe geltend machen können. Dies geht auch daraus klar hervor, daß die Franzosen selbst seinerzeit bei den Kontrollposten, wie oben nachgewiesen, den Charakter der Besetzung ausdrücklich bestritten hatten. Sie haben damit selbst zugegeben, daß auch sie der Ansicht waren, zu einer Besetzung nicht berechtigt zu sein. Wenn aber jetzt französischerseits die Besetzung der Häfen als „Sanktion" bezeichnet wird, so gestehen die Franzosen wiederum selbst zu, daß sie sich durch diese Maßnahmen außerhalb jedes Rechtes gestellt haben.

Im übrigen hat die badische Regierung nicht unterlassen, die Reichsregierung immer wieder über die Lage in den badischen Häfen aufmerksam zu machen und diese hat ihrerseits wiederholt bei der Entente entsprechenden Protest eingelegt.

Aus dem Offenburger Gebiet.

Der in Offenburg von den Franzosen verhaftete Eisenbahnoberinspektor Hertlein ist wieder freigelassen worden.

*

Zu der Auflösung der Gendarmerie wird noch gemeldet, daß diese Anordnung der Franzosen dem Landgerichtspräsidenten in einem Schreiben der Besatzungsbehörde mitgeteilt wurde. Es wurde darin erklärt, daß die Gendarmen nicht mehr in öffentlichen Diensten verwendet werden dürfen, andernfalls sie verhaftet würden.

Der sozialdemokratische Karlsruher „Volksfreund" war auf drei Tage im Kehler Bezirk verboten gewesen.

Offenburg, 6. März. Infolge des Paßzwanges wurde vom hiesigen Bezirksamt die Ausstellung einer großen Anzahl Pässe verlangt, so daß der vorhandene Vorrat bereits aufgebraucht ist. Da im Bezirksamtsgebäude, das immer noch besetzt ist, gegen 10 000 Pässe lagern, sind Verhandlungen mit der französischen Besatzungsbehörde zwecks Herausgabe dieser Paßbücher eingeleitet.

Eine französische Verordnung bedroht den Handel mit verbotenen Zeitungen und Schriften mit der Verurteilung durch ein Kriegsgericht.

Stärkster Druck auf die Eisenbahner.

Offenburg, 6. März. Die französische Besatzungsbehörde hat hinsichtlich der Eisenbahnen eine Verordnung der Interalliierten Rheinlandskommission veröffentlicht, welche für den Brückenkopf Kehl maßgebend ist. Nach derselben wird u. a. jeder, der einen Zug gefährdet, der Gleise, Bahnhöfe, Brücken, Tunnels, fahrbares Material oder sonstige Materialien zerstört oder beschädigt, mit dem Tode bestraft, wenn diese Tat die Schuld eines Todesfalles gewesen ist oder sein könnte. Für mildere Fälle kommt lebenslängliche Zwangsarbeit oder Gefangenschaft in Betracht. Jede Dienstleistung von Mitgliedern des Eisenbahnpersonals, die die Ausführung französischer Befehle verhindert, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafen bis zu 5 Millionen Mark geahndet. Der Dienstvorstand hat in solchen Fällen jeweils eine höhere Strafe zu erwarten.

*

In Offenburg wurden von den Franzosen bei mehreren Eisenbahnbeamten Haussuchungen vorgenommen. Dabei wurde vor allem nach Akten, Stellwerksplänen und Lohnrechnungen gefahndet.

Die Franzosen haben soeben das deutsche Eisenbahnpersonal vom Dienst auf der bisher noch von deutscher Seite betriebenen Strecke Kehl—Legelshurst vertrieben, da es sich geweigert hat, unter französischem Befehl zu arbeiten.

Warnung vor Benutzung der französischen Militärzüge.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Nach einem Telegramm der Direktion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen wollen die Franzosen ab 6. März den Bahndienst zwischen Offenburg und Straßburg mit täglich zwei Personenzugspaaren in jeder Richtung aufnehmen. Da dem deutschen Personal bei der Durchführung dieser von französischem Personal gefahrenen Züge jede Mitwirkung untersagt ist, kann für derartige Züge keinerlei Betriebssicherheit gewährleistet werden. Die Reichsbahn warnt das Publikum vor ihrer Benutzung. Etwaige Schadenersatzansprüchen aus Unfällen bei Benützung dieser Züge gegenüber der deutschen Eisenbahnverwaltung kann nicht entsprochen werden.

Gelder der Rhein- und Ruhrspende beschlagnahmt.

Kehl, 6. März. (Drahtber.) Laut „Kehler Zeitung" hat die interallierte Rheinlandskommission auf dem hiesigen Postamt Marken der Rhein- und Ruhrspende im Betrage von 1,5 Millionen Mark und eine Million Mark aus dem Erlös solcher Marken beschlagnahmt, nachdem vorher die Besatzungsbehörde die Fortnahme des zu einer Versammlung einladenden Plakates verlangt hatte.

Die Lage in Mannheim.

t. **Mannheim**, 6. März. Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Die Franzosen haben die Besetzung der Jungbuschneckarbrücke aufgehoben und auch die Besetzung von dem Kranschiff „Mannheim 72" der Mannheimer Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft zurückgezogen. Im übrigen ist es bei den französischen Postierungen des besetzten Hafengebiets geblieben. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Lebensmittelversorgung der Stadt Mannheim durch die Besetzung des Rheinhafens nicht direkt gefährdet ist. Die im Hafengebiet befindlichen Lebensmittelvorräte konnten vor der Besetzung zum größten Teil in Sicherheit gebracht werden. Es sind auch nach der Einschließung des Zentralgüterbahnhofs infolge der französischen Besetzung Maßnahmen getroffen, um die Lebensmittelversorgung der Stadt in jeder Weise sicherzustellen.

*

t. **Mannheim**, 6. März. Die von den Franzosen gestern abend plötzlich verhängte Verkehrssperre zwischen Ludwigshafen und Mannheim, die vier Tage in Kraft bleiben soll, hatte zur Folge, daß am Montag abend mehrere Tausend Pfälzer nicht mehr über die von den Franzosen geschlossene Rheinbrücke gehen konnten. Sie wurden im Bahnhof und in einigen Hotels untergebracht. Als Grund für die über Ludwigshafen verhängte Verkehrssperre gibt die Besatzungsbehörde bekannt, daß Versuche von Sabotage auf Eisenbahnzüge unternommen worden sind, außerdem hätten Beschädigungen an einem der Besatzungsbehörde unterstellten Gebäude stattgefunden und weiterhin sei ein scharfer Schuß gegen einen Eisenbahnzug zwischen Ludwigshafen und Oggersheim abgefeuert worden.

Die Verkehrsschikanen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 6. März. (Drahtber.) Die von den Franzosen gestern verhängte Verkehrssperre hat sich als weit stärker erwiesen, als man zuerst annahm, doch ist es zu Zwischenfällen wie Verhaftungen und dergl. nicht gekommen. Die Franzosen hatten der Badischen Anilin- und Sodafabrik angeboten, den aus der Nachtschicht kommenden Angestellten und Arbeitern, wenn sie sich in Trupps von 20 Mann nach der Bahnwache begeben wollten, dort Pässe auszustellen. Die Leute haben aber davon keinen Gebrauch gemacht. Die Nachtschicht wurde von den in Ludwigshafen ansässigen Werkangehörigen erledigt.

Neue Schreckensurteile.

Ludwigshafen, 6. März. Oberbürgermeister Strobel und Bürgermeister Kömmerling aus Pirmasens sind wegen Pflichttreue zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Kriegsgerichtsurteile.

Mainz, 6. März. (Drahtber.) Das französische Militärpolizeigericht verurteilte heute den Hauptschriftleiter der sozialdemokratischen „Mainzer Volkszeitung" im Abwesenheitsverfahren zu 6 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 50 000 M. Die Anklage lautet auf Veröffentlichung von Artikeln, die geeignet seien, die Arbeiterschaft aufzureizen, sowie Verweigerung der Aufnahme einer Bekanntmachung der Rheinlandskommission.

Verkehrssperre zwischen Mainz und Frankfurt.

Frankfurt a. M., (Drahtber.) Die Franzosen haben in Griesheim und Goldstein Beschränkungen eintreten lassen. Auf ihre Anordnung sind die Bahnhöfe der beiden Orte für jeden von der Reichsbahndirektion geführten Verkehr gesperrt. Das Personal ist also vom Dienst verdrängt worden. Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. hat einen Pendelverkehr Frankfurt a. M.—Niederrad und von Frankfurt a. M. bis zum Vorsignal des Bahnhofes Griesheim eingerichtet.

Höchst a. Main, 6. März. (Drahtber.) Der französische Kreisdelegierte hat angeordnet, daß der Grenzverkehr mit Fahrzeugen irgend welcher Art von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens zu unterbrechen ist.

Der deutsche Botschafter in Paris gestorben.

München, 6. März. Heute nacht ist in der chirurgischen Klinik der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer gestorben. Bei einem vor fünf Tagen vorgenommenen Probeschnitt wurde die Unmöglichkeit einer Operation festgestellt. Der Botschafter starb an allgemeiner Schwäche.

Wilhelm Mayer wurde am 18. November 1874 zu Enkenbach in der Pfalz geboren. In Kaiserslautern besuchte er das Gymnasium und studierte dann auf den Universitäten Heidelberg, Würzburg und München Rechtswissenschaften. In Würzburg promovierte er 1898 auf Grund einer nationalökonomischen Arbeit zum Dr. rer. pol. Dann ließ er sich 1901, nach dem Assessorexamen in München als Rechtsanwalt nieder. Im Jahre 1903 ererbte er von seinem Schwiegervater, einem Metzer, einen größeren landwirtschaftlichen Grundbesitz in Lothringen (Lessy bei Metz). Ebenso wurde er infolge dieser Familienbeziehungen bei verschiedenen industriellen Unternehmungen in leitender Stellung tätig. Seit 1907 betätigte er sich auch in der Politik, und zwar als Reichstagsabgeordneter für Kaufbeuren. Auf Grund seiner geschäftliche Erfahrungen wurde er 1914 Vorsitzender des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe. Auch in die deutsche Nationalversammlung und in die bayerische Landesversammlung wurde er im Januar bezw. Februar 1919 gewählt. Im Juni 1919 übernahm er nach dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann im neuen, zum Zweck der Unterzeichnung des Friedens gebildeten Kabinett Bauer das Reichsschatzministerium. Nach der Absplitterung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum im Januar 1920 trat er von dem Ministeramt zurück, wurde aber noch im gleichen Monat zum deutschen Geschäftsträger in Paris ernannt. Im Juni 1920 wurde ihm vom Reichspräsidenten Ebert die Kabinettsbildung angeboten, jedoch lehnte er ab. Er wurde dann im Juli 1920 zum Botschafter in Paris ernannt. Auch in den Reichstag wurde er im Juni 1920 wieder gewählt.

Ueber die Erfolge seiner Politik gehen die Meinungen auseinander. Bei Beurteilung seiner Tätigkeit muß man die ungeheuren Schwierigkeiten berücksichtigen, die sich dem Vertreter des Deutschen Reiches gerade in Paris entgegenstellen. Das Schlimmste mußte Dr. Mayer beim letzten Neujahrsempfang durch den Präsidenten Millerand ertragen. Im Gegensatz zum internationalen diplomatischen Gebrauch erging sich Millerand in beleidigenden Aeußerungen gegen Deutschland in Anwesenheit des anerkannten Vertreters der beleidigten Macht. Dr. Mayer hat diese unwürdige Situation ohne lauten Widerspruch hingenommen.

Verschiedene Drahtmeldungen

Freigabe beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika.

Washington, 5. März. (Drahtber.) Präsident Harding hat den Gesetzentwurf über die Rückgabe aller den Angehörigen der ehemals mit Amerika im Kriege befindlichen Staaten gehörenden Vermögen, sofern diese den Betrag von 10 000 Dollar nicht übersteigen, genehmigt. Durch diesen endgültig zum Gesetz erhobenen Entwurf werden 95 Proz. aller im Kriege beschlagnahmten Einzelvermögen freigegeben.

Gegen die französischen Unterdrücker.

Paris, 5. März. Nach einer Meldung aus London veröffentlicht die „Daily Mail" eine Nachricht aus Konstantinopel, wonach sich die Bevölkerung in der Umgebung von Aleppo in Syrien gegen die französischen Unterdrücker erhoben haben soll. Fünf französische Soldaten seien im Kampfe mit den Rebellen getötet worden. Die Verbindungen zwischen Aleppo und Alexandrette seien unterbrochen.

Der Einbruch in die deutsche Botschaft in Rom.

Rom, 6. März. (Drahtber.) Im Auftrage des Ministerpräsidenten Mussolini besuchte der Unterstaatssekretär Vasallo den deutschen Botschafter, um ihm das Bedauern der italienischen Regierung und des Ministerpräsidenten über den Einbruch in der Botschaftskanzlei zum Ausdruck zu bringen und den verwundeten Botschaftssekretär Altenburg zu begrüßen.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.
der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Innern.

Ernannt:

Ministerialrechnungsrat Ernst Schöpflin beim Rechnungsamt des Ministeriums des Innern zum Ministerialoberrechnungsrat, Kriminaloberinspektor Karl Weigel in Mannheim zum Polizeiinspektor.

Versetzt:

Verwaltungsassistent Anton Bausback beim Bezirksamt Karlsruhe zu jenem in Mannheim.

Auf Ansuchen entlassen:

Polizeiwachtmeister Friedrich Vetter in Karlsruhe.

Justizministerium.

Zugelassen:

die Rechtsanwälte Nathan Moses in Ettenheim beim Amtsgericht Durlach, Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelssachen in Pforzheim, sowie Dr. Albrecht Fuchs in Mannheim beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelssachen in Pforzheim; die Gerichtsassessoren Hans Degerdon als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim und Albert Martin Strupp als Rechtsanwalt beim Amtsgericht Ettenheim und Landgericht Freiburg.

Auf Zulassung verzichtet:

die Rechtsanwälte Friedrich Guttenberg in Durlach und Max Harrer in Karlsruhe.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Gerichtsoberverwalter Hermann Boppré beim Amtsgericht Freiburg, Kanzleisekretär Johannes Hochadel beim Amtsgericht Offenburg und Amtsgehilfe Lukas Baumann beim Notariat Pforzheim.

---

wilder rast der Kaiserin Leidenschaft. Sie spornt ihn zu immer größeren Leistungen an, opfert ihm dafür den Reichtum ihres Landes und hört auf keinen Einspruch, weder des Arztes noch des verzweifelnden Dichters. Ihrer Wollust höchstes Ziel ist, daß ihr Herkules das Zwanzigzentnergewicht stemme. Als dieser Wunsch in Erfüllung geht, gerät sie in wahnsinnige Raserei, begeht Morde, wird verrückt und wird in Zwangsjacke und Käfig abtransportiert. Der Athlet aber rafft alle Schätze zusammen und macht sich davon. In einem Dirnenlokal vergeudet er das Gut und stößt die Kaiserin, die sich ihm fußfällig naht, davon. Nach einigem Sträuben will er ihren Wunsch, ein Fünfzigpfundgewicht zu stemmen, erfüllen, aber — die Hantel entfällt ihm: Er hat seine Kraft verloren. Da will die Kaiserin nicht mehr länger leben. Sie erdrosselt sich mit ihren Zöpfen.

Der bizarre Einfall dieser Pantomime wird verständlich. Am besten freilich in den Bildern, die, frei von allem geistigen und seelischen Ballast, durchaus auf Schaubarkeit gestellt sind. Daher wirkt der erste Akt am stärksten. Später muß der Zuschauer deuteln und deuten, und so wird er sich, nicht zum besten der Wirkung, der Grenzen bewußt, die der Pantomime als Kunstform gestellt sind. Eine Pantomime kann ja schließlich nichts anderes sein als eine prächtige lebendige Tapete. Und — Kunstgewerbe soll nicht mit Gedanken überladen sein. Die Musik schrieb Herr Friedrich Holländer aus Berlin, unter rühmlichem Verzicht auf eigene Einfälle. Er verband eigentlich in der Hauptsache nur bekannte Motive deutscher Meister. Das Publikum kargte nicht mit seinem Beifall.

Richard Rieß.

Kunst und Wissenschaft

Kunstpflege in der Kleinstadt. Die wichtigere Tatsache ist hierbei zunächst gar nicht, ob Ueberragendes oder Einmaliges geboten wird. Es ist an sich schon eine große Genugtuung, daß auch fern der eindringlichen Zusammenfassung der größeren Städte mit ihren mannigfachen und leichteren Gelegenheiten die geistig interessierten Kreise sich um die Pflege der Künste und des höheren Erlebens bemühen und damit im letzten Sinn zum Wiederaufbau des Vaterlandes beitragen. So hatten wir jüngst Veranlassung, einer Rezitation des Dramas „Befreier des Volks" von Albert Geisler, einem Lehrer in Landshausen, beizuwohnen. Die Brettener Ortsgruppe der „Badischen Heimat" hatte in Verbindung mit der dortigen „Freien Kunstvereinigung" unter sehr anerkennenswerter Unterstützung der Gemeindeverwaltung mit der ganz hervorragenden Vorlesung des Dramas durch den einheimischen Professor Dr. Peter einen wohlgelungenen Bildungsabend im besten Sinne veranstaltet, der um so mehr ins Gewicht fiel, weil durch ihn gleichzeitig ein heimatlicher Schaffender zu verdientem Gehör kam. Nun ist ja wohl ein unaufgeführtes Drama ein ungeküßter Kuß; da es sich aber bei Geislers Stück, dessen Held Moses ist, um ein ausgesprochenes Buchdrama handelt, wurde doch die erwünschte Wirkung erzielt. Der Dichter umreißt in gehobener Sprache das Schicksal, die Not, den Kampf um die Befreiung des geknechteten, unter der Fremdherrschaft unsäglich leidenden Judenvolkes. Dank innerer Kraft, Zuversicht und Gottgläubigkeit und dank vor allem dem gewaltigen Führer Moses werden die Fesseln gesprengt. Es ergibt sich ohne weiteres die aktuelle Parallele zum deutschen Schicksal. Darum bedeutete die Brettener Veranstaltung auch über das rein Künstlerische hinaus eine begrüßenswerte Stärkung der inneren, der geistigen Kräfte unseres Volkstums. Sie allein sind imstande, das tragische Chaos unserer Tage schließlich zu überwinden. —o.

Ehrendoktor. Matthias Lautenschläger, der bekannte Berliner Industrielle, wurde von der Universität München wegen seiner Verdienste um die geniale Konstruktion von Apparaten auf dem Gebiet der Physik, Bakteriologie, Serologie, Hygiene und Chemie zum Dr. h. c. promoviert.

Karlsruher Bürgerausschuß

Der Nachtrag zum städtischen Voranschlag 1922.

Der Bürgerausschuß setzte gestern nachmittag die Beratung des städtischen Nachtrags zum Voranschlag für 1922 in Anwesenheit von 80 Mitgliedern fort. Es wird ein Betrag von 468 Millionen gefordert. Die Vorlage soll sich erhöhen um 30 M für Gebäude und das gewerbliche und land- und forstwirtschaftliche Betriebsvermögen, 45 M der einzeln geschätzten Grundstücke, 60 M der klassifizierten Grundstücke.

Die Besetzung des Karlsruher Rheinhafens

berührt Oberbürgermeister Dr. Finter, der gegen die weitere Besetzung deutschen Gebietes auch an dieser Stelle feierlich Verwahrung einlegt.

Zum Nachtrag äußert sich dann Stadtv. Fromherz (W. Vgg.), der zunächst die städtische Gutswirtschaft kritisiert. Die Mehrbelastung des Mittelstandes sei nicht gerechtfertigt. Schwierigkeiten dürften bei der Erhebung der Gebühren eintreten. Die Wirtschaftliche Vereinigung lehnt den Voranschlag ab, weil er steuerpolitisch verfehlt sei und die Gemeinden in zu große Abhängigkeit bringe.

Oberbürgermeister Dr. Finter geht auf die vom Vorredner gemachten Vorwürfe ein und bemerkt, daß die Vorwürfe wohl einem Gutachten entstammen, das jetzt in der Stadt die Runde macht. Vor einigen Wochen erschien ein Herr N., der das Ansinnen stellte, man möchte ihm die Schwarzwaldgutshöfe abtreten und hat um die Genehmigung, diese zu besichtigen. Herr N. erhielt die Erlaubnis und wurde gebeten, ein Gutachten über seine Wahrnehmungen zu erstatten. Dieses Gutachten ist durch einen Vertrauensbruch von unbekannter Seite bekannt geworden. Der Hafer konnte auf den Gutshöfen, die sehr hoch liegen, wie anderwärts nicht rechtzeitig eingebracht werden. Auch sei in den Betrieben eine Krankheit ausgebrochen. Eine Kommission von Sachverständigen werde sich mit diesen Dingen befassen. Die Abmelkwirtschaft ist zur Erlangung der Milch für die Kinder notwendig. Wenn sie nicht mehr notwendig ist, sei er der erste, der die Gutswirtschaft aufgeben werde.

Stadtv. Dietrich (D. N.) nennt das Gesetz über die Gewerbesteuer ein Sondergesetz, das keine Berechtigung mehr hat. Es muß eine einheitliche direkte Besteuerung der Berufsstände Platz greifen. Man hätte es bei dem bisherigen Steuerfuß lassen sollen. Die Mißstände von früher könne man nicht jetzt und auf einmal beseitigen. Seine Partei lehne den Nachtrag ab, weil auch die Anwendung des § 13 G.St.G. zu verwerfen sei. Der Bad. Städtebund sei sogar soweit gegangen, die Streichung dieses Linderungsparagraphen, der die Besteuerung des Gewerbes begrenzt, beim Landtag zu beantragen. Eine Förderung von Handel und Industrie sei daraus nicht zu erwarten. Der neue Voranschlag sollte bald vorgelegt werden. Man finde die Ausgaben für die Verwaltung zu hoch. Früher sei es mit drei Bürgermeistern gegangen, heute müßten es fünf sein. Die Entscheidungen des Mieteinigungsamts seien manchmal mindestens naiv. Es gehe nicht an, daß man den Betrieb der Straßenbahn dadurch verbilligt, daß man ihm billigen Strom zur Verfügung stelle, den der Bürger bezahlen müsse. Der Preis für die Kilowattstunde mit 1640 M und 800 M für den Kubikmeter Gas sei hoch genug. Die Erhebung rückwirkender Preise sei nicht zu rechtfertigen. Der Redner bezeichnet die feste Anstellung des Konservatoriumsdirektors als verfrüht, fordert die Abschaffung der Messen und lehnt den Voranschlag ab.

Stadtrat E. Frey (D.) regt die Methode der Goldmark-Vergleichung im Voranschlag an. Seine Partei habe zu dem Oberbürgermeister Vertrauen. Er habe mit den Bürgermeistern und dem Stadtrat sorgfältig gearbeitet. Die Frankenschuld der Stadt lege den Gedanken eines Schutzbundes zur Regelung dieser Frage nahe. Ob wir zuviel Bürgermeister haben, darüber maße er sich kein Urteil zu. Es sei aber festzustellen, daß auch die Privatindustrie mehr Personal notwendig gemacht habe. Die Grundstückserwerbungen dürften nicht unterbrochen werden. Die Klagen des Hausbesitzes seien gewiß berechtigt, aber die Umlage könne er tragen. Die Verschleuderung des Hausbesitzes an Ausländer müßte verhindert werden. Wenn wir ehrlich sein wollen, so müssen wir unseren Wählern sagen können, daß wir der Stadt gegeben haben was sie braucht.

Stadtv. Böhringer (Soz.) findet, daß der Besitz es an Opferwilligkeit habe fehlen lassen. Wenn man den Nachtrag nicht genehmige, wäre die Stadt gezwungen, Schulden zu machen. Seine Partei stimme dem Nachtrag zu, weil gespart wurde, mehr als es der Partei lieb war, weil die Stadt es braucht, um ihre sozialen Aufgaben zu erfüllen.

Stadtrat Knobloch (Kom.) meint, daß jene Kreise, die den Voranschlag ablehnen, an den heutigen Zuständen schuld seien. Der Redner lehnt den Voranschlag ab.

Drei Anträge auf Schluß der Debatte liegen vor und werden angenommen.

Oberbürgermeister Dr. Finter spricht das Schlußwort. Einen Voranschlag aufstellen, heißt, die mutmaßliche Abwicklung eines Wirtschaftsjahres in Zahlen ausdrücken. Was im Mai aufgestellt wurde, ist über den Haufen geworfen. Er habe die Verhältnisse nicht voraussehen können, wenn Herr Dietrich das könne, solle er seinen Platz einnehmen. Weil wir Beamte sind, sind wir nicht ohne weiteres Trottel. Die Entziehung der Finanzselbständigkeit der Gemeinden ist ein großer Fehler, der wieder gut gemacht werden muß. Die Umlagen abzulehnen, ist unverständlich. So lange die heutigen Gesetze bestehen, müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen. Der Vorwurf, daß wir nicht zu sparen versuchen, ist absolut unberechtigt. Alle anderen Städte, mit Ausnahme von Baden-Baden, haben einen höheren Steuerfuß als Karlsruhe. Der städtische Grundbesitz ist 235 Hektar groß. Freilich besitze Karlsruhe noch nicht genügend Grundbesitz. Er sei der Meinung, daß der Direktor des Konservatoriums an seinem Platze sei.

Es liegen verschiedene Anträge auf namentliche Abstimmung vor.

Der Nachtrag wird mit 63 gegen 32 Stimmen angenommen.

Die Vorlage über die Erneuerungsfonds wurde angenommen.

Nach lebhafter Debatte wurde auch der Neuregelung der Aufwandsentschädigung für die Bürgermeister zugestimmt.

Kurz nach 8 Uhr war die Beratung zu Ende.

Gerichtssaal

Hochstaplerin vor Gericht.

= **Karlsruhe**, 5. März. Nach den Worten des Staatsanwalts eine Hochstaplerin mondänen Charakters hatte sich in der Person der 24jährigen Verkäuferin Klara Heerdt der V. Strafkammer vorzustellen. Kläre Heert gab sich, soweit sie mit Herren bekannt wurde und in mißlichen Geldverhältnissen war, gewöhnlich als Baronin, als Rennstallbesitzerin u. a. aus. Sie hielt sich in verschiedenen Städten Deutschlands auf, zuletzt in Baden-Baden. Auch hier geriet sie in ein finanzielles Dilemma, da der „Bräutigam" sie ohne die nötigen Mittel ließ. In ihrer Not wandte sie sich an die Pensionswirtin und erhielt zweimal 10 000 M geliehen. In einem Konfektionshaus suchte sie um standesgemäße Kleider nach und erhielt auch ein Kostüm auf Kredit. Da ihr Benehmen sehr gewandt und gewinnend war, schenkte man ihr überall Glauben. Nach dreiviertelstündiger Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil: Klara Heerdt erhält wegen Betrugs 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis; 4 Monate der Untersuchungshaft werden ihr angerechnet.

*

= **Freiburg**, 6. März. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Zimmermann Hermann Dürrmeier in Lörrach wegen Beihilfe zur unerlaubten Ausfuhr zu 3 Monaten Gefängnis und zu 100 000 Mk. Geldstrafe oder zu einem weiteren Jahr Gefängnis. Zimmermann hatte im Einverständnis mit seiner Frau einer bekannten Schmugglerin in Basel seine Wohnung zur Einrichtung eines Schmugglerwarenlagers zur Verfügung gestellt.

Bunte Chronik

Die menschliche Fliege. Aus Neuyork wird gemeldet: Der unter dem Namen „Menschliche Fliege" bekannte Artist Howard Young ist abgestürzt, als er an der Außenseite des Hotels für kinematographische Aufnahmen hochkletterte. Er fiel aus der Höhe des achten Stockwerks vor den vielen Zuschauern nieder und war sofort tot.

Wohl bekomm's! In München hat ein wegen Einbruchsdiebstahl in Untersuchungshaft sitzender Hoteldiener 3 Löffel, 1 Stück Draht und eine Schraube verschluckt, sie wurden aber durch eine lebensgefährliche Operation aus dem Magen entfernt.

Vom Wetter

Deutschland steht überwiegend unter dem Einfluß eines Hochdruckrückens, der sich von der Biscayasee bis Finnland erstreckt, und hat etwas kälteres, meist trübes Wetter mit vereinzelten Niederschlägen. Im Schwarzwald herrscht oberhalb ca. 600 Meter leichter Frost. Eine wesentliche Aenderung der Wetterlage ist nicht zu erwarten.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 7. März: Meist trüb, doch nur geringe Niederschläge, Temperatur wenig verändert (in den höheren Gebirgslagen leichter Frost); westliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	6. März		5. März
Schusterinsel	1.70 m		1.92 m
Kehl	3.22 m		3.30 m
Maxau	5.37 m		5.50 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5.47 m
„	— m	abends 6 Uhr	5.44 m
Mannheim	4.94 m		4.95 m

Todes-Anzeige.

Nach kurzer, schwerer Krankheit ist unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Henriette Sickinger

in ihrem 37. Lebensjahre heute — wenige Tage nach dem Tode ihres Vaters — sanft entschlafen.

Karlsruhe, 5. März 1923.
Marienstraße 35.

Namens der trauernd Hinterbliebenen:
Frieda Sickinger, geb. Hofmann.

Beerdigung: Donnerstag, 8. März, nachmittags 2½ Uhr.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Todes-Anzeige.

Am 1. März entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe Frau, Mutter u. Großmutter

Magdalena Rieß
geb. Mößner.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme beim Heimgange unserer lieben

Frau **Emmy Ulrici**

sage ich im Namen aller Hinterbliebenen herzlichen Dank.

Karlsruhe, 6. März 1923.
Dr. Th. Ulrici,
Ob.-Reg.-Rat.

Kleines Werkstättchen
auch kl. Schuppen, zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 4107 ins Tagblattbüro.

Wohnungstausch

Schöne **2-Zimmerwohnung** mit Glasabschl. u. elektr. Licht, Klosett, Parkstr., geg. 3- evtl. schöne Zweizimmerwohn., nur Südstadt, Parterre u. 4. Stock ausgeschl., zu tauschen ges. Angebote unter Nr. 4066 ins Tagblattbüro erbet.

Vertausche 3 Z.-Wohn., Nähe Hauptbahnhof, geg. 3 Z. event. 4 Z.-Wohn., Mittelstadt. Angebote unter Nr. 4103 ins Tagblattbüro.

Miet-Gesuche

Leeres Zimmer
mögl. Stadtmitte, von jung., geschäftstät. Dame zu sofort gesucht. Ruhige Mieterin, gute Bezahl. Angebote an Josefine Kunz, Hirschstraße 32 IV.

Beamtin sucht gut möbliertes Zimmer für 1. April. Ang. unt. Nr. 4097 ins Tagblattbüro erb.

Leeres Zimmer zu mieten ges. Bett wird gestellt. Angebote unter Nr. 4093 ins Tagblattb.

Holländisches Ehepaar sucht für sofort sehr gut möbliertes **Wohn- und Schlafzimmer** in gut. Hause, mögl. mit Küchenbenutz. West- und Südweststadt bevorzugt. Angeb. unt. Nr. 4095 ins Tagblattbüro erbeten.

Offene Stellen

Zur Führung eines bürgerl. Haushaltes wird bessere Frau mittl. Alt. als Haushälterin gesucht. Angebote unter Nr. 4096 ins Tagblattb.

Für unsere **Zahlen-kombinations-Vorlege-Schlösser** (ohne Schlüssel) suchen wir solvente

Vertreter

Unser Herr Oberingenieur Hähnel ist am Mittwoch, den 7. März, von 11–3 Uhr, im Hotel Grosse in Karlsruhe und werden Interessenten gebeten, sich daselbst einzufinden.

Georg Kern, Stuttgart-Cannstatt.

Firmen, welche auf **Ostern Lehrlinge oder Lehrmädchen einzustellen beabsichtigen,**

werden gebeten, uns die Aufträge auf Zuweisung von jungen, zur Schulentlassung kommenden Leuten **jetzt schon zu erteilen.**

Städtisches Arbeitsamt Karlsruhe.
Fernsprecher 5270 5274.

Schreibhilfe. Fräulein, das flott Mercedes oder Adler schreibt, für abends 1 Stunde gesucht. Angeb. mit Alter und Forderungen sind zu richten unt. Nr. 4082 ins Tagblattbüro.

Zimmermädchen das gut nähen u. bügeln kann und gute Zeugnisse hat, auf 15. März oder 1. April zu zwei Personen gesucht. Hoffstraße 2.

In Privathaushalt ein **saub. Zimmermädchen** bei hohem Lohn gesucht: Moltkestraße 47

Tüchtiges Mädchen für sofort oder 15. März (am liebst. v. Lande) ges. Parkstraße 3, parterre.

Tüchtiges **Mädchen** in kl. Haushalt bei guter Behandlung z. 15. d. Mts. gesucht Kronenstr. 25 II. l.

Fleißiges, ehrliches **Mädchen** zu kleiner Familie, das zu Hause schlafen kann, gesucht. Kaufmann, Steinstraße 6 III.

Jünger. Mädchen, das sich im Nähen weiter ausbilden will, k. sof. eintr. Frau Schneider, Damenschneid. Belfortstr. 11, p.

Tüchtiges, zuverlässiges Mädchen bei hohem Lohn auf sofort gesucht. Näh. Amalienstraße 65, 2. St.

Stellen-Gesuche

Suche eine Schreiner-Lehrstelle für meinen Sohn auf sofort oder später. Angeb. u. Nr. 5100 ins Tagblattb.

Empfehlungen

Stärkewäsche wird zum Bügeln angenommen: Friedenstr. 14, 1. Stock

Unabhg. ja. Pers. sucht noch Beschäft. im Flicken, Nähen usw., in u. außer d. Hause. Gartenstr. 58 V.

Anfertigung in Kinderkl., Knabenanz., Bluf.-Röcke, Hemdenbluf., Herrenhemd. zu mäß. Pr. Wo? sagt das Tagblattb.

Verkäufe

Mod. Schlafzimmer u. Küche m. Anrichte, lack. fast neu, wegzugshalber zu verkaufen: Kohlt, Durlach, Schlößleweg 7.

Selbständiger Kaufmann
sucht den kommissionsweisen Vertrieb der Erzeugnisse leistungsfähiger
Möbelfabrik
zu übernehmen. Büro, Lager und Laden vorhanden. Angebote unter Nr. 4102 ins Tagblattbüro erbeten.

Weiße Sitzbadewanne oder weiße Kinderbadewanne, wie neu, gegen schöne, große Palme zu tauschen gesucht. Zu erfragen im Tagblattbüro.

Ein Bettrost, 1 Schaukelbadewanne, 1 Kleiderständer, 1 Spiegel s. verk. Stöfferstr. 3 a III l.

2 Bettstellen u. Nachttisch, neu, bill. zu verk.: Herrenstr. 15, II rechts.

Bettlade m. Rost, Aushängekasten, 2 P. Herr.-Schnürschuhe zu verk. Kriegstr. 238, 3. Stock lks.

Hille Benzinmotor 3,5 PS., Magnetzündung, sehr gut erhalt., ist preiswert zu verkaufen. Kann im Betrieb besichtigt werden. Metallgießerei Nann Ettlingen (Baden)

Herde, weiße u. schwarze, s. vrkf. Vögele, Grenzstr. 10.

Ein neuer, schwarzer Herd ist sofort sehr billig zu verkaufen Busenbach. Schlosserei Neumaier.

Email-Herde Lackierte Herde Garantie für Brennen und Backen, kleine Herde f. Notwohnung, Gasherde, Waschkessel mit Feuerung billigst, Teilzahlung gestattet. Reparaturen. Ersatzteile etc. Herdschiffe. Gartenstraße 10, Ph. Kranz.

Gebrauchte, gute **Nähmaschine** zu verkaufen. Schützenstraße 55.

Nähmaschine, gut erhalten, billig zu verkauf. Zähringerstraße 80 III.

Gelegenheitskauf! 1 Schreibmasch. „Urania" 1 Schreibmasch.-Tischchen alles bereits neu, weit unt. Tagespreis z. verk. Metz & Marx, Kreuzstraße 31.

10 gebrauchte und neue **Herr.- u. Damenräder** in allen Preislag. zu verkaufen Schützenstr. 15.

Wir verkaufen 100 Ztr. verzinkten Draht 4 mm, in langen Adern, und erbitten Angebot. Ferner: 65 Stück Wagendecken, ca. 2,50 × 2,50 m, aus imprägniertem Papiergewebe, per Stück M 25 000.—. Fr. Ludwig, Korbfabrik. Neufreistett, bei Rehl.

Elegantes Kostüm Größe 44, noch nicht getr., preisw. zu verk. Zu erfragen im Tagblattbüro.

Eine größere **Zuglampe** m. Außenbeleuchtung, für Gas u. Elektrisch eingerricht, schwarz m. Kupferverzierungen, ist abzug. H. Bieler, Kaiserstr. 223, im Laden.

1 gold. Damenuhr, 1 P. gelbe H. Stiefel Gr. 43, 1 Anzug f. 16 J. zu verk. Schützenstr. 65 a, 4. Stock.

Junge Milchkühe, nahe vor dem Kalben stehend, zu verk. Breyer, Durlach, Dürrbachstraße 12.

Dung noch einig. Wagen abs. Ferd. Odenwald, Karlsr.-Grünwinkel.

Kaufgesuche

Ein Kassenschrank für Privatgebrauch zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 4085 ins Tagblattbüro.

Schreibmaschine gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Fabrikat u. Preisangabe erbeten an Ländlich. Creditverein Rotenfels e. G. m. u. H. Rotenfels.

Gebrauchte Möbel sowie ganze Haushaltungen kauft die Altmöbelstelle Gemeinnützige Hausratsverwertung Schloßplatz 13 Telefon 3204.

Waffen aller Art kauft A. Göttcher Adlerstr. 40.

Kleider Schuhe Wäsche Pfandscheine Federnbetten Nähmaschinen Möbel kauft zu hohem Preis Frau Pflüger, Hirschstr. 31, III.

Alte Gold-, Platin- u. Silber-Gegenstände zu eigenem Gebrauch, daher gute Preise, werden angekauft. Deininger, Erbprinzenstraße 5, II.

Ankauf von Gold- u. Silberwaren
Brillanten, Perlen, Uhren usw.
aus Privatbesitz zu Höchstpreisen.
Dienstag und Donnerstag von 10–12 Uhr vorm. und 2–5 Uhr nachm.
Kaiserstraße 82, am Marktplatz.
Ph. Th. Koch aus Pforzheim, Bleichstr. 44, Gold- und Silberwaren.

Wenn Sie etwas **verkaufen** *wollen, erreichen Sie Ihren Zweck schnell und sicher durch eine kleine Anzeige im „Karlsruher Tagblatt".*

Alteisen	100	Mark
Blei	600	„
Zink	700	„
Messing	900	„
Kupfer	1400	„

zahlt **R. Winterer** Waldhornstraße 37 Ankauft. u. Lager 2. Hof.

Unterricht

Engl. Unterricht v. Ausländer ges. Angeb. unt. Nr. 4099 i. Tagblattb.

Verschiedenes

Fräulein 29 J., wünscht soliden Herrn (Handw.) kennen z. lernen. Ang. u. Nr. 4094 ins Tagblattbüro erb.

Kaufm. Angest., 40er, evang., wünscht Bekanntschaft mit brav. Fräulein, am liebsten vom Lande, zwecks Heirat. Angebote unter Nr. 4106 ins Tagblattbüro erbeten.

Ia Kölner Tafelleim wieder eingetroffen A. Rosenberger, Marienstraße 32 Fernsprecher 4471/72.

Obstbäume, Spalierbäume, Früh-Pfirsich-, Aprikos.-, Früh- und Spät-Zwetschgen-, Süß- u. Sauerkirschen-, Quittenbäume u. Hochstamm, Joh.- u. Stachelbeerb. u. Hochstamm, Nußbäume, Himbeer, Brombeer, Erdbeer, Reben, Rosen können Mittwoch und Samstag nachmitt. billig gekauft werden. Klotz, Baumschulen, Bruchsal.

Parkett- u. Fußböden werden neu verlegt, repariert, abgezogen und gereinigt. Volk, Schützenstr. 61

3–4 t Benz-Lastwagen wenn auch reparaturbedürftig zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr 4086 ins Tagblattbüro erbeten.

Platin-, Gold- u. Silber- Gegenstände kauft und zahlt den höchsten Tagespreis **Rudolf Barth,** Uhren u. Goldwaren 53 Kaiserstraße 53 gegenüber dem Eingang der Techn. Hochschule

Für Pforzheimer Fabrikation kaufe Gegenstände von: **Gold – Silber – Platin** Gebisse, Brennstifte zum höchsten Tagespreis **L. Theilacker,** Uhren, Goldwaren Hebelstraße 23, gegenüber Café Bauer. Tel. 5535.

Zahle die höchsten Preise am hiesigen Platze für **ausgegangene Frauenhaare.** Haarauffäufer u. Friseure erhalten Vorzugspreise. Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstr. 32

Ankauf von alt Eisen Lumpen, Flaschen, Papier, Knochen Metall usw. zahlt die höchsten Tagespreise. Händler erhalten Vorzugspreise. **Brotz & Co.,** Marienstraße 18. Telephon 3950

Trauerbriefe jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung die **Tagblatt-Druckerei** Ritterstraße 1, Fernspr. 297.

Wieder eingetroffen: *Schwarzw. Speck* hart geraucht, *Rostbeef* in 2 Pfd.-Dos., *Dauerwurst, Käse, Gänseleberteigpasteten, Gänseleberterrinen, frische Fische,* Fisch-Marinaden, Fisch-Rauchwaren, Geflügel, Südfrüchte, **Konserven, Marmeladen** offen ausgewogen u. in 1, 2, 5 u. 10 Pfd.-Packg., reiner Bienenhonig, Honigkuchen, Kakes, Kaffee, Tee, Kakao, Weine, Liköre bei **Kissel** Kaiserstraße 150. Weinflaschen werden zu Mk. 120 u. 150 angekauft. Marm. u. Hon.-Gl. d. 100.-

Kaufgesuche im Karlsruher Tagblatt erfreuen sich immer größter Nachfrage.

Poincaré.

Von George Slocombe.

Poincaré ist der unerbittlichste Gegner unseres Volkes. Seine Person ist das größte Hindernis einer Revision des Friedens von Versailles. Seine Bestrebungen, über die Degenerationserscheinungen der eigenen Nation hinwegzutäuschen und Frankreichs künstliche Machtstellung noch zu erweitern, lassen den Wagemutigen selbst mit der Gefahr einer Balkanisierung Europas spielen, vor der die anderen Nationen sich ängstigen, ohne doch in ihrem unsicheren Opportunismus dem Willensstarken das Steuer der europäischen Politik aus der Hand reißen zu können. Es wäre töricht und psychologisch falsch, sich über die Bedeutung dieses Mannes täuschen zu wollen. Wir müssen vielmehr mit nüchternem Wirklichkeitssinn der starken Erscheinung des Gegners gerecht werden. Nur dann können wir hoffen, die Klarheit, Selbstsicherheit und Ueberlegenheit zu finden, mit der wir unsere Kraft, unser moralisches Recht und unsere Hoffnung dem Verkörperer des französischen Imperialismus erfolgreich entgegensetzen. Aus diesen Erwägungen heraus machen wir die Leser mit dem Zeugnis eines unvoreingenommenen Beobachters bekannt und geben im folgenden die Ausführungen des Herrn George Slocombe im „Daily Herald" wieder.

Kein Mann hat wohl seit Bismarcks Zeiten eine so ausgesprochen persönliche Politik verkörpert wie der jetzige Leiter der französischen Regierung. Fast immer in Machtstellung — entweder als Präsident der französischen Regierung oder als Ministerpräsident — seit 1912, als er einen friedlich gesinnten französischen Botschafter am Hofe des Zaren durch einen anderen ersetzen ließ, der ein gefügigeres Werkzeug der französisch-russischen Allianz zu werden versprach, ist kein Tag vergangen, an dem nicht die Bürger von Paris den Kriegsdonner in ihren Ohren dröhnen hörten.

„Poincaré-la-Guerre" — immer ist er in den Augen des französischen Volkes, selbst in den Augen derer, die an ihn glaubten und noch an ihn glauben, mit Kriegerischem identifiziert worden.

„Poincaré im Elysée" rief der Mann auf der Straße aus, als seine Wahl zur Präsidentschaft der Republik bestätigt worden war. „Poincaré? — das bedeutet Krieg!" Und der alte pensionierte Offizier, der in seinem Kaffee oder Klub saß, verfiel in Träumereien über seine zahlreichen Feldzüge und sagte es sich, halb grimmig und halb frohlockend, immer wieder vor: „Poincaré — das bedeutet Krieg!" Und Krieg besagte es ja auch.

Und nun, wo Raymond Poincaré zum drittenmal eine Machtstellung inne hat (zuerst als Ministerpräsident, dann als Präsident der Republik, jetzt wieder als Ministerpräsident), verdunkeln wieder drohende Kriegswolken den Himmel Europas. Zwar nicht Krieg im engeren Sinne, und dennoch Krieg dem Wesen nach, denn die Reparationspolitik des Herrn Poincaré bedeutet, jetzt wo die enge Brücke zwischen Frankreich und seinen Verbündeten der Kriegszeit endgültig abgebrochen ist, militärische Sanktionen — eine intensive Besetzung des linken Rheinufers, die Ergreifung der Bergwerke und Staatsforsten im Ruhrgebiet, und letzten Endes die vollständige Besetzung und Ausbeutung des Ruhrbeckens. Besetzung aber bedeutet Mobilisation von zwei oder drei Jahrgängen der französischen Rekruten und weitere Herbeischaffung von farbigen Truppen nach Europa. Und Mobilisation hat geradezu unabwendbar in ihrem Gefolge — den Krieg.

Ueber die Persönlichkeit des Herrn Poincaré ist selbst von seinen Feinden, die zahlreich sind wie Sand am Meer, wenig geschrieben worden. Fast ganz auf das Geistige eingestellt, führt er selbst seine politischen Wortgefechte mehr mit der Feder als durch das Wort, und daher bleibt seine wirkliche Persönlichkeit auch für die wenigen Vertrauten, die ihn umgeben, wie von einem grauen, ausdruckslosen Schleier umhüllt. Er ist Jurist, und genoß in den Zeiten, als er nicht in der Regierung tätig war, eine einträgliche Praxis, hauptsächlich in reichen Finanz- und Industriekreisen. Er ist geborener Lothringer, und so war die Wiedergewinnung der verlorenen Provinz der leidenschaftliche Wunsch seines Lebens (wohl seine einzige Leidenschaft), ebenso wie seine auswärtige Politik kaum durch einen anderen Gedanken bestimmt worden ist als durch das mit hartnäckiger und nervöser Energie erfolgte Streben, Frankreichs Hegemonie in Europa zu sichern. Ein starkes Frankreich — ein ohnmächtiges Deutschland, umringt von wachsamen Armeen — das war ihm Lebenszweck.

Man kann sich kaum dem Banne entziehen, den die Persönlichkeit des Herrn Poincaré ausübt. Seine Stellung, sein Ziel, sein Wirken in der europäischen Politik sind klar, bestimmt und kühn. Und Herr Poincaré füllt die Rolle als Verkörperung des Militarismus unvergleichlich aus. Ich kann nicht ohne lebhafte Neugierde, die fast an Bewunderung grenzt, von einer der Bänke der fremden Journalisten in der Deputiertenkammer zu dem Ministerpräsidenten herabschauen, dessen scharfgeschnittenes schmales Gesicht durch das hell darauffallende Licht sich deutlich abhebt. Und wenn er mit einer dramatischen Gebärde, als wollte er von vornherein jede kleinliche Kritik damit fortstoßen, seine Papiere in seine schwarze Aktentasche steckt und die Stufen zum Rednerpult emporsteigt, dann steigert sich die Wißbegierde zu dramatischer Erregung. Aber — die Rede enttäuscht. Herr Poincaré ist nämlich kein Redner. Seine etwas harte und trockene Stimme fließt rasch aber kraftlos dahin und tönt in die Ohren seiner Zuhörer wie das trockene Rascheln von dürren Blättern im Walde. Indessen verfolgt er sein Thema mit Exaktheit, Logik und Zuversicht. Herr Poincaré hat nichts von der Genialität eines Aristide Briand und nichts von der leidenschaftlich ausfallenden und dabei doch gutmütigen Art eines Clemenceau. Er hat wenig bürgerliche Bedürfnisse. Sein Leben als Minister (er ist ein geduldiger und schwerfälliger Arbeiter) ist wenig durch gesellschaftliche Annehmlichkeiten versüßt. Er trifft sich selten mit anderen Menschen — und niemals außerhalb der offiziellen Kreise.

Er bleibt für ganz Frankreich — Politiker und Journalisten einbegriffen — ein unlösbares Rätsel, eine Persönlichkeit, die gänzlich ohne Leidenschaft wäre, wenn sie nicht durch jene eine zitternde Angst vor Deutschland gekennzeichnet wäre. Er ist ganz kühler, unbarmherziger Verstand, und der ebenso eiskalte und erbarmungslose Rachedurst ist die Haupttriebfeder seines Lebens.

Deutschlands Gesamtleistungen aus dem Friedensvertrage.

Ueber 100 Milliarden Goldmark.

Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung alles dessen, was Deutschland in der Zeit vom 11. November 1918 bis 30. September 1922 an Geld und Sachwerten dem Feindbund hat überlassen müssen. Die Zahlen können nicht als endgültig angesehen werden. Eine Reihe von Leistungen hat bisher zahlenmäßig überhaupt nicht oder nur teilweise erfaßt werden können. Die Gesamtleistungen des Deutschen Reiches gehen daher beträchtlich über die folgenden Zahlen hinaus:

VI.

Zusammenstellung.

Deutsche Leistungen:	Goldmark:
I. aus vorhandenen Beständen	29 394 000 000
II. aus volkswirtschaftlichem Vermögen und aus laufender Produktion	11 113 000 000
III. Barzahlungen	2 140 000 000
IV. Sonstiges	3 371 000 000
Insgesamt:	46 018 000 000
Dazu:	
V. innere Ausgaben und Verluste	10 482 000 000
Summa:	56 500 000 000

Berücksichtigt man weiter den Wert Elsaß-Lothringens und der deutschen Kolonien sowie den rein militärischen Rücklaß in sämtlichen Räumungsgebieten, so gelangt man zu einer Gesamtleistung von mehr als 100 Milliarden Goldmark.

Das neue Polizeigesetz.

Man schreibt uns:

Ein außergewöhnlicher Vorfall im Badischen Landtag — die Anwesenheit von Vertretern der französischen Kontrollkommission — war kürzlich die Veranlassung, daß die Mitglieder mehrerer Parteien bis in die Reihen der Demokraten hinein den Sitzungssaal just an einem Tage verließen, als eines der wichtigsten Gesetze, das der badische Staat überhaupt in der letzten Zeit, die Vorkriegszeit mitgerechnet, erlassen hat, das neue Polizeigesetz zustande kam.

So ist dieses Gesetz ohne jede Diskussion angenommen worden und so hat die Oeffentlichkeit weniger von dem neuen Polizeigesetz erfahrn, als seiner Bedeutung entspricht. Unter anderem ist darin eine Bestimmung enthalten, die für jeden Bürger unserer Stadt nicht unwesentlich ist, weil wohl jedermann mittelbar oder unmittelbar davon berührt ist. Falls nämlich die Stadt nicht bei dem Ministerium einen Antrag stellt, daß die Verwaltung der Bau-, Wohnungs-, Feuer- und Gesundheitspolizei beim Bezirksamte verbleibt, so geht die Verwaltung dieser Polizeizweige mit dem 1. April d. J. automatisch auf die Stadt über. Eine Neuordnung also, nicht nur deshalb für jeden Bürger wichtig, weil eine Aenderung der Zuständigkeiten eintritt, sondern auch deshalb, weil jeder Einzelne durch die Mehrbelastung der städtischen Finanzen am eigenen Geldbeutel betroffen wird. Es lebe die Thorie! Weil eine mißverstandene Theorie der Selbstverwaltung verlangt, daß die Städte möglichst „Alles" bekommen müssen, wird eine seit alters bestehende, äußerst praktische Einrichtung zerstört; die Einrichtung nämlich, daß die Bau-, Wohnungs- und Gesundheitspolizei aus dem Getriebe der Parteien, dem die Entscheidung des Stadtparlaments nun einmal unvermeidlicherweise unterworfen ist, herausgestellt und einer neutralen staatlichen Verwaltungsstelle übertragen wurde. Es ist ja auch klar, daß jemand, der zum Beispiel ein Baugesuch genehmigt haben will, seine Entscheidung lieber bei einer staatlichen Stelle, dem Bezirksamt, sucht, als bei dem Stadtrat, der ein Gemeinwesen vertritt, das selbst Baugelände besitzt und deshalb Bauinteressent ist und in dem außerdem zahlreiche einzelne Bau- und Wohnungsinteressenten sitzen. Die Lage eines Bauenden, der etwa vom städtischen Gelände oder solchem umgeben ist, das einflußreichen Stadträten gehört, kann man schlechterdings nicht als beneidenswert bezeichnen. Es ist deshalb nur begreiflich, daß weite Schichten der Bevölkerung der Meinung sind, die Bau-, Wohnungspolizei usw. solle beim Bezirksamt verbleiben.

Aber auch die Organisation der badischen Architektenschaft hat sich mit einer Eingabe an den Landtag gewendet, die Baupolizei bei den Bezirksämtern zu belassen. Leider vergeblich; es siegte die Theorie! Und gerade jetzt bei der doch keineswegs günstigen Finanzlage der Städte sollen sie durch die kostspielige Uebernahme neuer Aufgaben belastet werden. Denn daß die Bau-, Wohnungs- und Gesundheitspolizei für die Stadtverwaltungen recht erhebliche Kosten mit sich bringen wird, ist gleichfalls sonnenklar. Auch wenn im ersten Augenblick die Kosten vielleicht nicht so beträchtlich erscheinen; sie werden aber schon kommen. Es wird bei der Verwaltung der Baupolizei usw. die „Parität" verlangt werden; wo bisher ein Beamter war, werden zwei bis drei erscheinen; ein „Chef" in Gruppe 10 oder 13 wird auftauchen, neue Räume werden nötig werden und schließlich wird zum Vollzuge der Durchführung auch noch eine neue Polizei eingerichtet werden müssen, deren Unterscheidung von der staatlichen Polizei die Einführung einer besonderen Uniform erfordert usw. Denn wenn auch die Hauptarbeit der Baupolizei in Zukunft nicht mehr durch das „Bauen", d. h. durch Neubauten bedingt ist, so wird doch der Kampf gegen den Ruin der bestehenden Bauten der Baupolizei in den nächsten Jahren ein gerüttteltes Maß schwieriger Arbeit bringen, das ohne besondere Polizeiorgane gar nicht durchzuführen ist.

Nun zunächst ist es ja soweit noch nicht, es besteht die Hoffnung, daß der gesunde Menschenverstand der Karlsruher Stadtverwaltung obsiegen und daß man nicht dem Moloch Theorie eine ganz offenbar gute und bewährte Einrichtung opfert und an ihre Stelle eine nicht nur sachlich unzweckmäßigere, sondern auch teuerere setzen wird. Die Mehrheit des Stadtrats wird hoffentlich in der Erkenntnis, daß eine Mehrbelastung der städtischen Finanzen zur Zeit unerträglich ist, beschließen, bei dem Ministerium des Innern den Antrag zu stellen, die Bau-, Feuer-, Wohnungs- und Gesundheitspolizei beim Bezirksamt zu belassen.

Badische Politik

Die nächste Landtagssitzung.

Die nächste Landtagssitzung findet am nächsten Mittwoch, den 14. März, nachmittags ¼4 Uhr beginnend, statt. Auf der Tagesordnung stehen mehrere Gesetzentwürfe und Gesuche.

Landesparteitag der Deutschnationalen.

Man schreibt uns:

Der Landesparteitag der deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden), der am 10. und 11. März in Pforzheim im Museum und Saalbau stattfindet, soll angesichts der Not unseres Vaterlandes eine stärkende nationale Kundgebung der süddeutschen Deutschnationalen sein. Am Samstag mittag und Sonntag vormittag finden wichtige Beratungen der Parteivertretung statt. Am Sonntag nachmittag werden in großer öffentlicher Versammlung bekannte Politiker wie Geh.-Oberregierungsrat Dr. von Dryander, Arbeitersekretär Rüffer, Frau Annagrete Lehmann und General d. Artillerie Dr. h. c. von Gallwitz über die politische Lage sich aussprechen. Der Parteitag wird getragen sein von dem Treubekenntnis zu dem großen deutschen Vaterland und dem Wunsch und der Hoffnung, daß eine möglichst große Front aller deutsch Gesinnten die Regierung in ihrem Widerstand gegen die französisch-belgischen Raubgelüste unterstützt. Die Pforzheimer Freunde haben freigebigst Freiquartiere zur Verfügung gestellt. Näheres zu ersehen im Anzeigenteil des heutigen Blattes.

Aus Baden

- **Pforzheim**, 6. März. Wegen Wuchers wurden bei der Polizei eine Händlerin angezeigt, weil sie Eier zum Preise von 240 Mk. eingekauft, zu 330 Mk. weiterverkauft, sowie ein Zigarrenhändler, der Zigaretten, die mit 380 Mk. banderoliert waren, um 1500 Mk. weiterverkaufte.

- **Heidelberg**, 6. März. Zur Bekämpfung der Autoplage beabsichtigt die hiesige Polizeidirektion, dem Bezirksrat einen Vorschlag dahingehend zu unterbreiten, daß die Automobile auf den nach Heidelberg führenden Landstraßen nur noch mit einer Geschwindigkeit von 15 Kilometern in der Stunde fahren dürfen. Außerdem soll vom Frühjahr bis zum Spätherbst für einzelne Straßen der Kraftwagenverkehr im Interesse der Spaziergänger an den Sonntagen vollständig gesperrt werden. Der Plan wird, so bemerkt das „Heidelberger Tagblatt", in Autokreisen zwar auf allerschärfste Gegnerschaft stoßen, der weitaus größte Teil der Bevölkerung aber werde der Polizeidirektion für diesen Schritt dankbar sein, der auch dem Fußgänger das „Recht auf die Straße" gibt.

- **Freiburg i. Br.**, 6. März. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Stadt Freiburg im Laufe des Winters 20 Mill. Mk. für die Ausführung von Notstandsarbeiten ausgegeben. Die Fortführung der Notstandsarbeiten wird nun in Frage gestellt, weil das Reichsarbeitsministerium finanzielle Beihilfe bis jetzt verweigerte, und die Stadt nicht mehr in der Lage ist, die Mittel für die Bezahlung der Notstandsarbeiter ausschließlich allein aufzubringen.

- **Aus dem Markgräflerland**, 6. März. Der Oberbadische Weinbauverein hat entgegen eines früheren Beschlusses nun doch eine Prämiierung der 1922 Weine beschlossen. Dieselbe findet Mitte April in Müllheim statt, voraussichtlich in Verbindung mit einer kleineren Weinausstellung. — Nach dem Vorbild größerer Städte hat auch Müllheim die Einsetzung eines sogenannten „Gemischten beschließenden Ausschusses" (Kleiner Bürgerausschuß) zur Verabschiedung dringlicher Vorlagen gutgeheißen.

- **Villingen**, 6. März. In Peterzell ist unter Teilnahme zahlreicher Gemeinden aus der näheren und weiteren Umgebung ein „Trachtenverband Schwarzwald" gegründet worden, der an den Feierlichkeiten in Bad Dürrheim anläßlich des 100jährigen Bestehens der dortigen Saline zum erstenmal auftreten wird.

- **Konstanz**, 6. März. An der vom Arbeitgeberverband Kreuzlingen, Emmishofen und Umgebung organisierten, unentgeltlichen Speisung von Konstanzer Notleidenden können über 700 Personen teilnehmen.

Eröffnuugswoche der „Großen Deutschen Kunstausstellung Karlsruhe 1923".

Bekanntlich findet in der Zeit von Mai bis Oktober d. J. in Karlsruhe eine „Große Deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst" statt, deren Ehrenpräsidium der Reichspräsident übernommen hat. Ehrenvorsitzender des Arbeitsausschusses ist Wirkl. Geh. Rat Maler und Professor Dr. D. Hans Thoma.

Wohl noch nie in neuerer Zeit ist die Künstlerschaft aller Richtungen so einig schaffend an einem Werk gestanden, wie jetzt bei der Vorbereitung für das große Unternehmen. Aus allen Lagern wird bereitwillig zusammengetragen, was hochfliegende Geistigkeit oder liebevolle Bewunderung, Andacht und Treue vor dem Werk der Natur oder düstere Prophetie in Verbindung mit begnadeten Künstlerhänden zustande brachten. Und wie hier, so sind die Künstler aus den großen Kunststädten bis zu den fernen Grenzen der deutschen Kulturgebiete einig im Beibringen des Erlesensten ihres Schaffens.

Der Verkehrsverein hat sich bemüht, auf den Zeitpunkt der Eröffnung der Ausstellung eine Anzahl kultureller und wirtschaftlicher Veranstaltungen in Karlsruhe zustande zu bringen, die geeignet sind, zahlreiche Fremde zur Eröffnung hierher zu führen. Die Veranstaltungen sollen in gewissem Sinne ein Seitenstück zu den Darbietungen der Ausstellung selbst bilden und für sich Zeugnis geben vom kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen Leben, das in Karlsruhe pulsiert. Na chdem heutigen Stande der Verhandlungen sind folgende Darbietungen in der Eröffnungswoche zu erwarten:

1. eine Mozartwoche des Bad. Landestheaters, in der ein Zyklus Mozartscher Opern zur Aufführung kommen soll, darunter verschiedene neu einstudierte Werke;
2. ein großes Gesangskonzert des Karlsruher Liederkranzes in Verbindung mit namhaften auswärtigen Männerchören, wie z. B. dem Schulerschen Männerchor in Frankfurt a. M., möglicherweise auch unter Mitwirkung noch eines oder des anderen Karlsruher Gesangvereins;
3. ein süddeutscher Musikkapellenwettstreit, veranstaltet vom Karlsruher Musikverein „Harmonie, an dem sich voraussichtlich auch Musikkapellen aus der Schweiz beteiligen werden;
4. ein Kammermusikabend des Konservatoriums für Musik, event. auch ein Volksliederabend des Karlsruher Lehrergesangvereins und eine Aufführung der Karlsruher Chorvereinigung unter Leitung des Professors Heinrich Caspar Schmid;
5. die Bundestagung der Deutschen Saarvereine;
6. die Hauptversammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes;
7. die Hauptversammlung des Verbandes Badischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Weiter ist noch eine oder die andere größere, bedeutsame Tagung hier in Aussicht genommen und kurze Zeit darauf ein Besuch des Deutschen Ingenieurvereins gelegentlich seiner Tagung in einer Nachbarstadt.

Die Eröffnung der Kunstausstellung ist für Samstag, den 5. Mai, vorgesehen. Daran anschließend sollen die obenerwähnten Veranstaltungen stattfinden. Es darf erwartet werde, daß die „Eröffnungswoche" einen würdigen Auftakt für die Ausstellung bildet und ihr von vornherein einen großen Kreis von Besuchern zuführen wird.

Aus dem Stadtkreise

Aus der Stadtratssitzung vom 1. März.

Festsetzung und Einzug der Gas- und Strompreise. Für die Ablesungsperiode Dezember/Januar war ein Gaspreis von 200 Mk. für den Kubikmeter festgesetzt worden. Er war berechnet nach dem durchschnittlichen Kohlenpreise während dieser zwei Monate mit rund 50 000 Mk. die Tonne. Mittlerweile sind die Kohlenpreise ganz erheblich gestiegen. Sie betrugen in der zweiten Hälfte des Februar 210 000 Mk. pro Tonne, also mehr als das Viersache. Obwohl das Gaswerk genötigt war, auch englische Kohlen zu beziehen, die noch wesentlich teurer sind, hat der Stadtrat beschlossen, dem Gaspreis nur den Preis für Inlandskohlen zugrunde zu legen und ihn auf 800 Mk. für den Kubikmeter festzusetzen. Damit ist der Gaspreis gegenüber der Vorkriegszeit auf das 5700fache gestiegen, während die Steigerung der Kohlenpreise das 11 600fache beträgt. Der Strompreis mußte in ähnlichem Verhältnis festgesetzt, d. h. für Licht von 450 Mk. auf 1650 Mk. für die Kilowattstunde und für Kraft von 300 Mk. auf 1000 Mk. für die Kilowattstunde erhöht werden.

Zugleich hat der Stadtrat beschlossen, die derzeitige, ab 1. Februar laufende Ablesungsperiode durch die Verlegung der Ablesung von Ende März auf Mitte März zu verkürzen. Diese Abkürzung der bisher üblichen zweimonatlichen Ablesungsperiode auf 6 Wochen wird für die Abnehmer den Vorteil der Verminderung der einzelnen Rechnungsbeträge bringen; für die Werke bedeutet die darin liegende Abkürzung der Stundung der Gas- und Stromgelder, die sich bisher zum Teil bis zu 3 Monaten ausdehnte, die durch die Finanzlage der Stadt unbedingt gebotene Erleichterung in der Aufbringung der Mittel zu den notwendigen Kohlenbeschaffungen.

Der Stadtrat hofft übrigens, den festgesetzten Gas- und Strompreis auch in der nächsten Ablesungsperiode halten zu können.

*

Ausgefallene Schnellzüge. Da infolge der Militarisierung der pfälzischen Hauptbahnstrecke Ludwigshafen—Kaiserslautern—Homburg durch die Franzosen der Gesamtverkehr vom unbesetzten Gebiet nach der Pfalz gesperrt ist, fallen auch die Schnellzüge D 52, Stuttgart ab 12.56 nachm., und D 53, Stuttgart ab 5.00 nachm. zwischen Bruchsal und Germersheim aus.

Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Wohnung) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im Durchschnitt des Monats Februar 2643 (13/14 = 1) gegen 1120 im Januar. Sie ist gegenüber dem Vormonat um 136 Prozent gestiegen. Ohne die Bekleidungsausgaben stellt sich die Indexziffer auf 2408 und ist somit um 132,9 Prozent höher als im Januar. Die Ernährungskosten sind um 147,6 Prozent auf das 4164fache der Vorkriegszeit gestiegen. Die außerordentliche, mit dem Einbruch in das Ruhrgebiet einsetzende Preissteigerung setzte sich bis Mitte Februar fort. Seitdem macht sich eine Stockung in der Preisentwicklung bemerkbar und für einige, besonders die unter dem unmittelbaren Einfluß der Valuta stehenden Lebensmittel sogar ein Rückgang.

Verpflegungssätze im Landesbad in Baden und im Landessolbad in Dürrheim. Amtlich wird mitgeteilt: Mit Wirkung vom 11. März 1923 erfahren die Verpflegungssätze für Kranke im Landesbad in Baden und im Landessolbad Dürrheim eine weitere Erhöhung. Trotz dieser Erhöhung betragen die Sätze erst das 1250 bis 1400fache der Vorkriegspreise, während die auf den 21. Februar festgestellte Landesindexziffer

eine Steigerung über das 2400fache ausweist. Die Verpflegungskosten müssen auch hiernach noch als sehr mäßig bezeichnet werden und ermöglichen noch Kuren, die anderswo für dieses Geld nicht möglich sind.

Ruhrspende. Von den dem badischen Kontingent angehörenden Reichswehrtruppen liegen folgende Meldungen über abgelieferte Beträge für die Ruhrhilfe vor: 1. Bataillon 14. (badisches) Infanterie-Regiment (Meiningen) 484 230 Mk. (eine neue Sammlung ist eingeleitet); 3. und 4. (badische) Eskadron Reiter-Regiment 18 in Ludwigsburg 243 000 Mk.; 2. (badische) Abteilung Artillerie-Regiment 5 in Ulm 522 078 Mk. (eine neue Sammlung steht bevor).

Feuer. Durch Selbstentzündung geriet am Montag abend ¾6 Uhr in einer Fabrik der Weststadt Kunstbaumwolle in Brand. Die Fabrikfeuerwehr sowie die herbeigerufene Feuerwache konnten das Feuer nach kurzer Zeit löschen. Der entstandene Sachschaden ist sehr beträchtlich.

Unfug. Am Montagnachmittag zog ein Schüler von hier unbefugt den Feuermelder Ecke Schubert- und Richard-Wagner-Straße und alarmierte die Feuerwache, außerdem wurde durch unbekannten Täter die Scheibe des Feuermelders an der Gewerbeschule zertrümmert.

Drei Fahrraddiebstähle wurden im Laufe des Montags in verschiedenen Stadtgegenden durch unbekannte Täter verübt.

Zur Anzeige gelangte eine in der Altstadt wohnende Witwe, weil sie gegen Entgeld Karten schlug.

Festgenommen wurden: 4 Ausländer wegen Verfehlungen gegen die Paßbestimmungen, ein Landwirt von Kork wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln, 8 Personen wegen verschiedenen strafbaren Handlungen.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

In der heutigen Vorstellung von „Madame Butterfly" hat Frl. Rodegg für das erkrankte Frl. Stechert die Partie der Butterfly übernommen. Die übrige Besetzung bleibt mit Ausnahme der Partie des Yamadori, die Herr Warth übernommen hat, die frühere.

Von Don Pedro Calderon de la Barca Barreda (1600—1681), dem größten Meister des spanischen Nationaldramas, erscheint mit der Erstaufführung des Lustspiels „Dame Kobold" (La dama duende) ein drittes Werk des Dichters auf unserer Bühne. Sein Drama „Das Leben ein Traum" wurde als erstes bereits 1817 gegeben. „Der Richter von Zalamea" zum erstenmal 1864. Wie im Drama jener von Lope de Vega begründeten Glanzzeit des spanischen Theaters überhaupt, sind auch in den eigentlichen Lustspielen Ehre und Liebe nie verbrauchte Leitmotive der Handlung, sind die immer hieb- und stichbereite Toledanerklinge und das geheime Zimmer ihre beliebtesten Requisiten, und auch die „Dame Kobold" bedient sich in lustiger Variation derselben treibenden Kräfte und Mittel, die heute wohl sehr romantisch anmuten, damals aber im spanischen Werk- und Feiertag eine höchst reale Rolle spielten. — Das Lustspiel wird in der Uebertragung und Bearbeitung Hugo von Hofmannsthals, in der es jüngst schon in München am Nationaltheater eine lange Reihe erfolgreicher Wiederholungen erlebte, von Felix Baumbach inszeniert, in Szene gehen.

Chronik der Vereine.

Bund für deutsche Familie und Volkskraft. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Bund in Verbindung mit den gesamten Frauenorganisationen der Stadt Karlsruhe eine machtvolle Frauenkundgebung für Reinheit und Sitte in Volk und Familie, die im überfüllten großen Festhallesaal stattfand. Frauen aller Stände und Konfessionen hatten sich zusammengefunden. Die Leiterin des Bundes Frl. Lina Lejeune eröffnete die Versammlung. Sie stellte die Anwesenden besonders in der Not der gegenwärtigen Stunde vor ihre besonderen Frauenaufgaben. Die Hauptrednerin war Guida Diehl, Führerin der Neulandbewegung Eisenach. An Stelle von Frl. Helene Weber, Berlin, hatte Frl. Maria Beverle in letzter Stunde die Vertretung der Katholischen Seite übernommen. Guida Diehl zeigte mit meisterhafter Kenntnis des Stoffes, besonders aber mit ganzer Wärme des Frauenherzens, das die Not der Stunde in der Seele trägt, welche Wege zur Wiederaufrichtung von Reinheit und Sitte in Volk und Familie von jedem Einzelnen beschritten werden müssen. Nicht die Zustände im allgemeinen müssen gebessert werden, wenngleich auch dies unendlich wichtig ist — Jeder müsse bei sich selbst mit der Reinigung beginnen, nicht: „es muß anders werden", sondern: „ich muß anders werden". Lautlose Stille und tiefer Ernst in der Riesenversammlung bewiesen, daß die Worte der Rednerin in die Tiefe der Gewissen drangen. Es ist zu hoffen, daß von dieser Versammlung nachhaltige Weiterwirkung auf die gesamte Frauenwelt von Karlsruhe ausgehen möge. Am Schluß wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Eine vom Bunde für deutsche Familie und Volkskraft unter Mitwirkung sämtlicher Frauenorganisationen der Stadt Karlsruhe einberufene, nach Tausenden zählende Versammlung von Frauen aller Stände und Bekenntnisse tritt gemeinsam ein für Reinheit und Sitte in Volk und Familie. Sie erkennt im Niedergang von Reinheit und Sitte einen Hauptgrund der gegenwärtigen Not im Innern unseres Vaterlandes. Sie gelobt an ihrem Teil in Wort und Tat einzutreten für die Heilighaltung der Ehe, für die Reinigung unseres öffentlichen Lebens von den Mächten der Gemeinheit und Unreinheit. Sie fordert eine Erziehung unserer Jugend zu Ehrfurcht, Zucht, Reinheit und Gottesfurcht. Sie sieht allein in einer inneren Erneuerung der wichtigsten Keimzelle des Staates, der Familie, die Möglichkeit zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Sie fordert Jugend und Alter auf zu einmütigem Widerstand gegen die Mächte des Schlechten. Dem andringenden Feind vor unseren Toren werden sie sich als echte deutsche Frauen erweisen, die Reinheit und Sitte als edelstes Gut der deutschen Frauen zu wahren wissen.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 4. März: Emilie Stauffert, alt 84 Jahre, Witwe des Kaufmanns Frdch. Stauffert; Anna, alt 1 Monat 4 Tage, Vater Lud. Fassolt, Schlosser; Ida Quadt, alt 50 Jahre, Ehefrau des Kaufmanns Frdch. Quadt. — 5. März: Maria Schnekenburger, alt 50 Jahre, Ehefrau des Gastwirts Karl Schnekenburger.

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 7. Februar 1923.

Bad. Landestheater: „Madame Butterfly", abends 7 bis gegen 9½ Uhr.

Städt. Konzerthaus: Badische Lichtspiele, nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr.

Karlsruher Hausfrauenbund: Teemittag. Vortrag von Prof. Dr. Roller über „Walther von der Vogelweide" nachmittags ½4 Uhr.

Colosseum: Varieté, abends 8 Uhr.

Residenz-Lichtspiele: Der Rhein in Vergangenheit und Gegenwart."

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 6. März (abends.)

Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 1210.—	(früh.	0.80 M.)
Amsterdam	1 Gld. 8900.—	(„	1.70 „)
London	1 Pfd. St. 106000.—	(„	20.— „)
Paris	1 Fr. 1375.—	(„	0.80 „)
Zürich	1 Fr. 4220.—	(„	0.80 „)
Italien	1 Lire 1085.—	(„	0.80 „)
Newyork	1 Dollar 22550.—	(„	4.20 „)

Tendenz: etwas leichter.

Die Leipziger Frühjahrsmesse.

Das Haus der Elektrotechnik.

Am ersten Tage der Leipziger Frühjahrsmesse wurde das Haus der Elektrotechnik eröffnet. In diesem Hause bringt die deutsche Elektroindustrie ihre Erzeugnisse in einem eigenen Meßhaus zur Ausstellung. Das Haus der Elektrotechnik ist in überraschend kurzer Zeit fertiggestellt worden. Erst vor Jahresfrist wurde vom Zentralverband der elektrischen Industrie der Verein „Haus der Elektrotechnik e. V." mit dem Sitz in Leipzig zu dem Zweck der Errichtung eines Meßhauses gegründet. Das Haus liegt auf dem Gelände der Technischen Messe, rechts von der Betonhalle. Es wurde nach einem Entwurf von Prof. Dr. H. Gräsel-München errichtet. An dem Bau und seiner Ausstattung hat der Stadtbaumeister von Berlin, Geh. Baurat Dr.-Ing. e. h. Hoffmann, mitgewirkt; die Bauausführung leiteten die Leipziger Architekten Schmidt & Johlige. Das Grundstück von 12 000 Quadratmeter, auf dem sich der Bau erhebt, wurde von der Stadt Leipzig in Erbpacht übernommen. Der Vorderbau des stattlichen Hauses mit zwei Stockwerken hat U-förmigen Grundriß. Der Haupteingang des Hauses ist durch einen Säulenvorbau betont. Im Erdgeschoß sind Kleinfabrikate, im Obergeschoß Heiz- und Kochapparate sowie Beleuchtungsgegenstände untergebracht. An den Vorderbau schließt sich die mächtige Mittelhalle, in der hauptsächlich die deutschen elektrotechnischen Großfirmen mit ihren glänzenden Ausstellungen vertreten sind. Die Ausführung der Einbauten für die Meßstände, die Farbentönung der Wände und die Aufschriften sind in dem gesamten Gebäude einheitlich und harmonisch gestaltet. Alles ist darauf zugeschnitten, daß die ausgestellte Qualität der Erzeugnisse zur vollen Wirkung kommen kann.

Um dem Besucher eine schnelle Uebersicht über die ausgestellten Gegenstände zu geben, wurden 10 Gruppen für die Aussteller gebildet: 1. Firmen mit allseitiger Fabrikation, 2. Dynamos, Elektromotoren und Zubehör (Anlasser, Widerstände), 3. Meßgeräte und Zähler, 4. Schwachstromapparate, 5. Schaltapparate und Installationsmaterial, 6. Porzellanfabrikate, 7. Kabel, Drähte und Isolierrohre, 8. Halbfabrikate, 9. Heiz- und Kochapparate sowie elektro-medizinische Apparate, 10. Beleuchtungskörper. Bisher ist der mittlere Bau fertiggestellt, der linke und der rechte Flügel des Gebäudes werden bis zur nächsten Herbstmesse vollendet sein. Die bisherigen Baukosten des Hauses der Elektrotechnik betragen 580 Millionen Mark.

Bei der Einweihung des Hauses hielt Direktor Birnholz von der A. E. G. die Eröffnungsrede. Oberbürgermeister Dr. Rothe-Leipzig übermittelte die Wünsche der städtischen Körperschaften, Direktor Dr. R. Köhler sprach dem Zentralverbande der elektrischen Industrie die Glückwünsche des Leipziger Meßamtes aus.

Dr. St.

*

Berlin, 6. März. (Privattelegr.) Bei günstigem Wetter wird, wie die Blätter mitteilen, morgen früh der Reichspräsident in Begleitung von Vertretern der Reichsministerien zur Eröffnung der Flugline Leipzig—Moskau nach Leipzig fliegen. Es wird sich voraussichtlich dabei um einen regelrechten Geschwaderflug handeln, zu dem vier bis fünf Junkerverkehrsflugzeuge starten werden. An der Fahrt nehmen auch Vertreter der Stadt Berlin teil.

Von den Börsenplätzen.

Frankfurter Börse.

Ruhige Geschäftslage.

w. Frankfurt a. M., 6. März.

Der Effektenmarkt blieb für die offizielle Börse geschlossen. Es wurden nur Noten und Devisen amtlich notiert. Bei ruhigem Geschäft lagen ausländische Zahlungsmittel schwächer. Der Dollar notierte mit 22 500. Im Verlaufe stellte er sich auf 22 600. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die politischen Vorgänge. Im freien Verkehr herrschte große Zurückhaltung. Aus den wenigen Kursen, die man hörte, läßt sich eine mäßige Abschwächung erkennen. Die wirtschaftliche Ungewißheit, die von Tag zu Tag zunimmt, lähmt jede Unternehmungslust. Vielfach verweist man auf die Nachrichten von der Leipziger Messe, die wenig erfreulich lauten. So weit zu hören war, zeigt der Markt der Kassaindustriewerte ein schwaches Aussehen. In Bankwerten blieben die Umsätze bescheiden. Man hörte gegen die letzte Notiz vielfach Briefkurse. Höher stellten sich Oesterreichische Kreditanstalt, für die ein Kurs von 9600 genannt wurde, man nannte später den Kurs 9400. In unnotierten Werten halten sich die Umsätze in engsten Grenzen. Vielfach herrscht Abgabeneigung. Mansfelder, Becker-Stahl, Hansa-Lloyd lagen unter dem gestrigen Schlußkurs, namentlich Elberfelder Farben 85—90 000, Metz-Söhne 8000, Deutsch-Luxemburg 74—7300.

Berliner Börse.

w. Berlin, 6. März.

Am Devisenmarkt traten bei anhaltend kleinen Umsätzen wiederum nur unbedeutende Preisveränderungen ein. Für Effekten hörte man im freien Verkehr nur wenige zumeist gegen gestern unveränderte, teilweise auch etwas niedrigere Kurse nennen.

Industrien / Handel / Verkehr

Geldmarkt.

Braunkohlen-Anleihe. Da es infolge der Verkehrsstörungen im besetzten Gebiet nicht möglich war, die für Zeichnungen zur sächsichen Braunkohlenwertsanleihe in Frage kommenden Interessenten rechtzeitig zu erreichen, ist die Zeichnungsfrist bis zum 10. März verlängert worden. Der Zeichnungspreis beträgt unverändert 27 500 Mk. für die Tonne. Die Anleihe ist mit 5 Prozent des Zeichnungspreises zuzüglich einer wertbeständigen Kohlenprämie in Höhe von 2 Prozent des jeweiligen Wertes der verbrieften Kohlenmenge verzinslich.

Industrien.

Neue Aktiengesellschaft. In Furtwangen wurde mit einem Aktienkapital von 4,5 Mill. Mark die Firma S. Siedle und Söhne, Telephon- und Telegraphenwerke A.-G. gegründet, die feinmechanische und elektrische Apparate und Maschinen sowie verwandte Artikel herstellt und vertreibt. Es handelt sich um die im September v. J. gegründeten „Oberbadischen Apparatewerke A.-G., in Neuenburg (Baden), die verlegt worden sind.

Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel.

Im Geschäftsbericht über das 37. Geschäftsjahr wird der Rohüberschuß im abgelaufenen Geschäftsjahr mit M. 210 128 124.94 gegenüber M. 15 816 503.79 im Vorjahre angegeben. Dann heißt es weiter: Bei Beurteilung dieses Ergebnisses ist die starke Entwertung zu berücksichtigen, welche die deutsche Währung im Laufe des Jahres erfahren hat. Das Jahr 1922 stand unter dem Zeichen der Valuta-Verschlechterung. Bis Anfang August war die Mark noch einigermaßen stabil und die Geschäfte konnten sich in halbwegs normaler Weise entwickeln. Dann traten Schwankungen von großem Umfange ein. Nachdem dadurch die Mark von ihrer Kaufkraft im Ausland stark eingebüßt hat, wird sich unser Wirtschaftsleben darauf einstellen müssen, die absolut notwendige Einfuhr durch eine entsprechende Ausfuhr auszugleichen, also unter allen Umständen zu einer positiven Handelsbilanz zu kommen und andererseits die inländische Produktion namentlich an Lebensmitteln so auszudehnen, daß wir zur Not mit der eigenen Erzeugung auskommen können. Dies kann nur dadurch geschehen, daß unsere Landwirtschaft von dem extensiven Betrieb, zu dem sie durch die Zwangswirtschaft teilweise übergeleitet werden mußte, wieder zum intensiven Betrieb zurückkehrt. Der Brauindustrie ging es in der ersten Hälfte des Jahres ganz gut. Der Absatz hatte sich gebessert. Als aber im August infolge der Markentwertung die Bierpreise sprungweise in die Höhe gesetzt werden mußten und schlechtes Wetter eintrat, erreichte der Bierkonsoum einen früher nie gekannten Tiefstand. Durch die fernerhin in Aussicht stehenden Preiserhöhungen ist an eine Besserung schwerlich zu denken, umsoweniger, als die Abstinenz-Bewegung einschränkend wirkt. Gegen die Bekämpfung des „Mißbrauchs von Alkohol" wird niemand etwas einzuwenden haben, aber warum das Kind mit dem Bade ausschütten? Der Hinweis auf die Vereinigten Staaten wirkt für den Kenner der dortigen Verhältnisse nicht imponierend. Dort ist zwar die offizielle Alkohol-Bereitung unterdrückt, sie ist inzwischen aber zur Haushaltungs-Industrie geworden und wirkt in diesem Kleide viel schädlicher, umsomehr als auch die Verwendung gefährlicher Narkotika (Opium, Morphium, Cocain) eine wesentliche Zunahme erfahren hat. Die vielfach aufgestellte Behauptung, daß Deutschland zur Zeit im Alkohol schwimme, ist total falsch. Der Verbrauch an Bier, Wein, Spirituosen beträgt heute nicht den vierten Teil der Ziffern der Vorkriegszeit. Preßhefe-Industrie: Der Bedarf an Preßhefe ist sehr zurückgegangen infolge des gestiegenen Preises und des eingeschränkten Brot-Konsums. Mühle: Unsere Mühle arbeitete im Lohn für die Reichsgetreidestelle und für die Kommunalverbände, außerdem verarbeitete sie auch Getreide für den freien Verkehr. Das letztere Geschäft behandeln wir wegen des damit verbundenen Risikos vorsichtig. Spiritus-Raffinerie: Die Anlieferung von Rohspiritus war im vergangenen Jahre ungenügend, eine Folge der unzureichenden Preise, die den Brennern bezahlt wurden. Unsere übrigen Betriebe, Nährmittel, Liköre, Marmelade, entwickelten sich in zufriedenstellender Weise. Hauptsächlich zur Lieferung unseres eigenen Flaschen- und Glasbedarfs haben wir eine Glashütte errichtet. Auch die Betriebe, an denen wir beteiligt sind, erzielten befriedigende Ergebnisse.

Die polnische Gesellschaft, an welche unsere Lubaner Fabrik verpachtet war, hat von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht und nunmehr die Fabrik käuflich übernommen. Ebenso ist unsere Fabrik in Neuhaldensleben an die Sinner-Bast G. m. b. H. aufgelassen. Dadurch erklären sich die Abgänge auf den verschiedenen Anlage-Konten. An der polnischen Aktiengesellschaft sind wir nach wie vor beteiligt. Von dem nach Abzug der Handlungsunkosten und Zinsen zur Verfügung stehenden Rohüberschuß von M. 120 392 870.91 werden zu Abschreibungen verwendet: auf Gebäude, Wirtschaften und Gerätschaften M. 1 200 000, so daß zur Verfügung der Generalversammlung noch verbleiben M. 119 192 870.91. Dieser Betrag soll wie folgt verwendet werden. Zuweisung an die Beamten und Arbeiter für 1922 M. 13 000 000, an die Rücklage für Ausfälle M. 20 000 000, an die Werkerhaltungs-Rücklage M. 15 000 000, an die Grunderwerbssteuer-Rücklage M. 300 000, an die Ruhegehälter-Rücklage M. 5 076 672.16, an die Rücklage für Arbeitswohlfahrtszwecke M. 10 023 260, 7 Proz. Gewinnanteil auf die Vorzugsaktien M. 638 800, 25 Proz. Gewinnanteil auf die Stammaktien M. 14 000 000, M. 500 Sondervergütung auf jede Stammaktie M. 28 000 000, satzungsgemäße Gewinnanteile Mark 7 200 000, M. 113 238 732.16. Der Gewinnvortrag auf neue Rechnung beträgt somit M. 5 954 138.75. Die Durchführung der in der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 gefaßten Beschlüsse ist erfolgt, die Erhöhung des Aktienkapitals ist vollzogen. Die Generalversammlung findet am 13. März statt.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 6. März. Elektrolytkupfer 8764, Originalhüttnrohzink 399 571, Raffinadekupfer 7200, 7400, Originalhüttenweichblei 2900, 3100, Originalhüttenrohzink, Preis im freien Verkehr 3750, 3850, Remelted-Plattenzink 2800, 3000, Originalhüttenaluminium 9295, Drahtbarren 9345, Banka-Zinn, 22 500, 23 000, Hüttenzinn 22 000, 22 500, Reinnickel 12 000, 12 500, Antimon-Regulus 2400, 2500, Silber-Barren 432 500, 435 000, Platin 67 000.

Hamburger Metallmarkt. 6. März. Silber, prompt 435—430, per März 435, 432.5, 420, 435, per April 455, 452,5, 460, per Mai 500, 490, 495, 510; Zinkhütten 3775, 3700, per März 3775, 3725, per April 4000, 3850, per Mai 4300, 4150; Weichblei, ab Lager 3200, 2900, ab Hütte 3200, 2900, raffiniert 2900, 2600, Banka-Zinn 22 500, 21 250; Kupfer, greifbar 8500, 8150, raffiniert 7250, 7100, Wirebars 8500, 8400, Elektrolytkupfer 8500, 8400, Gold 14 000, 16 000, Platin 60 000, 70 000.

Hamburger Altmetallmarkt. 6. März. Kupfer 65, 66, Rotguß 45, 50, Messing, leicht 35, 38, Messingspäne 35, 38, Messingguß 37, 40, Blei 20, 21, Zink 21, 22.50.

Der Früjahrpferdemarkt in Freiburg findet am 15. März, der Spätjahrspferdemarkt am 18. Oktober statt. Mit dem letzteren wird wieder eine landwirtschaftliche Woche verbunden sein.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 6. März.

	5. März. Geld	5. März. Brief	6. März. Geld	6. März. Brief
Brüssel	1209.45	1215.55	1202.—	1208.—
Holland	8927.60	8972.40	8927.60	8972.40
London	106483.10	107016.90	106283.60	106816.40
Paris	1381.55	1388.45	1373.55	1380.45
Schweiz	4234.40	4255.60	4219.40	4240.60
Spanien	3528.65	3546.35	3516.20	3533.80
Italien	1085.30	1090.70	1077.30	1082.70
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	4369.05	4390.95	4269.30	4290.70
Norwegen	4127.15	4147.85	4089.70	4110.25
Schweden	5997.45	6027.55	5960.05	5989.95
Helsingfors	621.—	624.—	618.70	621.30
Newyork	22568.45	22681.55	22443.75	22556.25
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Dtsch. Oest.	31.79½	31.95½	31.29½	31.45½
Budapest	758.—	762.—	723.—	727.—
Prag	665.50	668.50	669.50	672.50
Sofia	—.—	—.—	—.—	—.—
Agram	255.35	255.65	—.—	—.—

w. Berlin, 6. März.

	5. März. Geld	5. März. Brief	6. März. Geld	6. März. Brief
Amsterdam	8972.51	9017.49	8917.65	8962.35
Brüssel	1206.97	1213.03	1199.49	1205.51
Christiania	4149.60	4170.40	4109.70	4130.30
Kopenhag.	4364.06	4385.95	4304.21	4325.79
Stockholm	6024.90	6055.10	5999.96	6030.04
Helsingfors	623.43	626.57	626.43	629.57
Italien	1089.27	1094.73	1079.79	1085.21
London	106732.50	107267.50	106233.75	106766.25
Newyork	22710.58	22824.42	22518.56	22631.44
Paris	1381.55	1388.47	1374.55	1381.45
Schweiz	4249.25	4270.65	4204.46	4225.54
Spanien	3536.13	3553.87	3506.21	3523.79
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Dtsch. Oest.	31.72	31.88	31.42	31.58
Prag	674.31	677.69	668.32	671.68
Budapest	760.—	764.—	743.—	747.—
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	129.67	130.33	126.67	129.33
Buen.-Aires	8418.90	8461.10	8403.93	8446.07
Japan	10872.75	10927.25	10773.—	10827.—
Rio de Jan.	2531.15	2543.85	2501.71	2521.29
Jugoslavien	252.36	253.64	245.88	247.12

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

	a) vorbörslich	b) nachbörslich
Holland	8800—9000	8800—9000
Schweiz	4200—4275	4180—4275
Paris	1365—1390	1360—1390
Belgien	1180—1210	1175—1205
London	105300—107000	105000—107000
Newyork	22350—22800	22300—22800
Italien	1070—1095	1065—1095
	Tendenz: still.	Tendenz: still.

100 Mark in Zürich: 2,36 Cts.
100 franz. Frks. in Zürich: 32.70 Frks.
Engl. Pfund in Paris: 77 Frks.

Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Blend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 26

	cirka		cirka
Adler Kali	23000	Krügershall	17000
Bad. Lokomotivwerke	8000	Mansfelder Aktien	—
Becker Kohle	14000	Meurer Sprit. metall	5000
Becker Stahl	13000	Offenburger pinnerei	15000
Benz	14000	Petersbgr. Int.	5500
Brown Boveri	10000	Rastatter Waggon	10000
Deutsche Lastauto	6500	Rodi & Wienenberger	17000
Deutsche Petroleum	27000	Russenbank	5500
Germania Linoleum	—	Sichel	7000
Hansa Lloyd	7000	Sloman	45000
Heldburg Vorzugs-Akt.	45000	Stoeckicht	6000
Inag	14000	Teichgräber	9000
Kabel Rheydt	20000	Textil Meyer	3500
Karstadt	2500	Ufa	7000
Knorr	17000	5% Bad Kohlenw.-Anl.	80000

Neu- und Reparaturarbeiten an:
Gas - Wasser - Entwässerungen
Zentralheizungen
Fernspr. 517 Jul. Rössler Herrenstr. 48.

Gedenket d. Hungernden u. Frierenden!
Gebt schnell und reichlich für die Winternothilfe
Spenden und Zeichnungen nimmt dankend entgegen die Expedition d. Karlsruher Tagblattes.